

## Offene Fragen der Geschichte Band 5

### Chronik von 1934 bis 1943

Röhm-Putsch,  
NS-Gleichschaltung,  
Appeasement (Beschwichtigung),  
Hitler-Stalin-Pakt,  
Zweiter Weltkrieg,  
US-Hilfslieferungen für Stalin,  
Hitlers Endlösung,  
Mitwisserschaft der Deutschen,  
Unerwünschte jüdische Emigranten,  
Flächenbombardements ...

### Band 5/020

### Chronik vom 4. Juli 1941 bis zum 12. August 1941

#### 04.07.1941

**Ostkrieg:** Ilja Ehrenburg schreibt am 4. Juli 1941 in seiner Chronik "Russia at War" (x046/-160): >>Wir haben Millionen und Abermillionen treuer Verbündeter ...

Mit uns sind alle jene, die die Freiheit und ihr Land verloren haben: Tschechen, Norweger, Franzosen, Holländer, Polen, Serben ...

Stalins Worte werden die Stadt der niedergetretenen Freiheit erreichen, das mit Füßen getretene, aber unversöhnliche Paris. Sie werden die Bauern von Jugoslawien erreichen, die Studenten von Oxford, die Fischer von Norwegen und die Arbeiter von Pilsen.

Sie werden eine neue Hoffnung hervorrufen in den Herzen der Völker, die unter den faschistischen Barbaren leiden. Stalins Rede wird von der Bevölkerung Londons gehört werden, die Hunderte barbarischer Luftangriffe erlebt hat, von den Bergleuten von Wales und den Webern von Manchester. ...

Unser Vaterländischer Krieg wird ein Krieg zur Befreiung Europas von dem Joch Hitlers werden.<<

Ein Arzt der deutschen Wehrmacht berichtet am 4. Juli 1941 (x029/143-144): >>Den Gefreiten D. fand ich in Rücklage mit einem Brustschuß vor. Sein Schädel war gespalten, wohl durch Kolbenschlag. Im Bereich der Geschlechtsteile fand ich mehrere, etwa 10 cm große Schnitte vor, die darauf hinwiesen, daß der Feind versucht hatte, die Geschlechtsteile nach dem Herunterreißen der Hose abzutrennen.

Das linke Auge war aus der Höhle herausgedrängt. Nach dem Befund kommt der Brustschuß als Todesursache nicht in Frage. D. war infolge des Brustschusses kampfunfähig. Es kommt daher nur in Frage, daß die russischen Soldaten den Gefreiten D. nach seiner Verwundung, durch die er nicht mehr kampffähig war, totgeschlagen und sich an ihm in sadistischer Weise vergriffen haben.

Den Gefreiten (E.) fand ich im Straßengraben vor. Er lebte noch. Er hatte einen Bauchschuß. Infolge dieses Schusses war er kampfunfähig. Der Gefreite E. erklärte mir: "Doktor, die haben mir, als ich verwundet dalag, mehrere Kolbenschläge ins Gesicht versetzt." Dadurch war der Oberkiefer des Gefreiten E. gespalten. Ich habe die Überführung des E. auf den Hauptverbandsplatz veranlaßt. ...<<

**Jugoslawien:** Josip Broz (1892-1980, Generalsekretär der jugoslawischen Kommunistischen Partei, genannt "Tito") ruft am 4. Juli 1941 die "Proletarischen Brigaden" der Serben zum Partisanenkampf gegen die Faschisten auf.

In Serbien kämpfen danach 2 unterschiedliche jugoslawische Widerstandsgruppen gegen die Kroaten und die ausländischen Besatzungstruppen. Die verfeindeten jugoslawischen Partisanenbewegungen liefern sich später ebenfalls erbitterte Kämpfe.

**06.07.1941**

**NS-Regime:** Goebbels begründet am 6. Juli 1941 in einem Zeitungsbericht den Angriff gegen die Sowjetunion (x191/96): >>Sie (die Bolschewisten) waren eben im Begriff in das Herz Europas vorzustoßen. ... Der Marschbefehl des Führers an die deutsche Wehrmacht in der Nacht zum 22. Juni war eine welthistorische Tat. ...

Die Soldaten, die nach diesem Befehl marschieren, sind in Wahrheit die Retter der europäischen Kultur und Zivilisation gegen die Bedrohung durch eine politische Unterwelt. Deutschlands Söhne sind wieder einmal angetreten, um mit dem Schutz des eigenen Landes zugleich auch den Schutz der gesitteten Welt zu übernehmen.<<

**07.07.1941**

**Ostpolen:** Ein deutscher Kriegsgerichtsrat berichtet am 7. Juli 1941 über ein sowjetisches Konzentrationslager nordöstlich von Wilna (x029/331): >>2 Kilometer von der Stadt Glebokie liegt das Barockkloster. Es war von den Bolschewisten als Konzentrationslager für politisch unliebsame Polen eingerichtet worden. Das Gebiet gehörte zu den Russen, das 1939 von diesen besetzt worden ist. An die Kirche angeschlossen waren die Klosterzellen, die von den Russen als Häftlingszellen benutzt worden waren. Auch die Kirche war völlig ausgeräumt und offenbar als Unterbringungsraum benutzt gewesen.

Die Bevölkerung von Glebokie strömte zur Besichtigung in dieses ... russische Konzentrationslager. In dem Hof vor der Kirche befand sich eine große Grube, in der die von den Russen ermordeten polnischen Häftlinge hineingeworfen worden waren, die dort in mehreren Schichten übereinanderlagen. ...

Ich entsinne mich noch, auf der obersten Schicht Häftlinge gesehen zu haben, die offensichtlich stranguliert waren und noch einen Strick um den Hals hatten. Die polnischen Einwohner suchten dort ihre Angehörigen aus dem Leichenhaufen heraus.

Wieviele Tote dort lagen, kann ich nicht sagen. Ich hatte den Eindruck, daß die Russen sämtliche Häftlinge dieses Lagers vor dem Rückzug umgebracht hatten, damit sie nicht wieder in Freiheit gelangen konnten. Es ist der gleiche Fall, wie er sich in Lemberg und wohl auch in anderen Orten ereignet hatte.<<

**Jugoslawien:** Als jugoslawische Partisanen am 7. Juli 1941 mehrere Polizisten aus dem Hinterhalt erschießen, beginnt im gesamten Land ein gnadenloser Partisanen- bzw. Bürgerkrieg. In Jugoslawien toben danach überall blutige Partisanenunruhen. Im Rahmen von "Sühnemaßnahmen" erschießen deutsche SD-Einheiten in den folgenden Monaten bei Kragujewatz und Kraljewo etwa 9.300 jugoslawische Zivilisten bzw. Geiseln (x040/101).

### **Partisanenkrieg in Jugoslawien**

Als Josip Broz (1892-1980, Generalsekretär der jugoslawischen Kommunistischen Partei, genannt "Tito") am 4.07.1941 die "Proletarischen Brigaden" der Serben zum Partisanenkampf gegen die Faschisten aufrief, kämpften in Serbien 2 jugoslawische Widerstandsgruppen, die Tito-Partisanen (südslawische Kommunisten) und die königstreuen Tschetniks (nationale Widerstandsbewegung in Westserbien) gegen die Kroaten sowie die ausländischen Besatzungstruppen.

Im Sommer 1941 begannen in Jugoslawien vielerorts heimtückische Partisanenüberfälle. Jugoslawien entwickelte sich schnell zu einem regelrechten "Hexenkessel". In der jugoslawischen Völkermischzone gab es keine eindeutigen Fronten, so daß man Feinde und Freunde

(Serben, Kroaten, Bosnier, Ungarn, Deutsche, Italiener, Türken, Slowenen, Ukrainer, Zigeuner und andere Minderheiten) oft nicht zuverlässig einordnen konnte. Die Kroaten, Serben und Bosnier waren zwar traditionelle Todfeinde, aber sie wechselten nicht selten erstaunlich schnell ihren "Glauben" und waren danach augenblicklich Verbündete.

Die Gegner wurden damals grundsätzlich als Bestien, Ungeheuer und Verräter verteufelt, die man erschlagen mußte. Alle Feinde waren demnach Teufel, mit denen man gewöhnlich nicht verhandeln durfte.

Die römisch-katholischen Kroaten massakrierten in Kroatien gewöhnlich die griechisch-orthodoxen Serben, während die Serben in Bosnien die Moslems jagten. In Südserbien rodeten die Tschetniks vor allem die moslemischen Bosnier aus. Die serbischen Partisanen, die durch den jahrhundertelangen Widerstand gegen die erbarmungslose türkische Besatzungsmacht geprägt worden waren, führten einen, für westeuropäische Verhältnisse, unfassbar grausamen Partisanenkrieg. Überfälle, Mord, Entführungen, bestialische Folter, abartige Verstümmelungen und Prügel bis zum Tod waren im jugoslawischen Partisanenkrieg an der Tagesordnung.

Die deutschen Wehrmachtsbefehlshaber und die deutschen Besatzungstruppen waren auf derartige Partisanenüberfälle nicht vorbereitet. Sie reagierten bis zum Ende des Krieges mit hilf- und maßlosen Vergeltungsmaßnahmen, um die unvorstellbare Brutalität der serbischen Partisanen zu bekämpfen. Gemäß OKW-Befehl vom 16.09.1941 wurden schließlich für jeden verwundeten deutschen Soldaten 50 jugoslawische Geiseln und für jeden getöteten deutschen Soldaten 100 jugoslawische Geiseln liquidiert (x006/60E). Die italienische Besatzungsmacht führte damals ähnliche Vergeltungsmaßnahmen durch.

In dem OKW-Befehl vom 16.09.1941 heißt es (x130/204): >>... Um die Umtriebe im Keime zu ersticken, sind beim ersten Anlaß unverzüglich die schärfsten Mittel anzuwenden. ... Als Sühne für ein deutsches Soldatenleben muß in diesen Fällen im allgemeinen die Todesstrafe für 50 bis 100 Kommunisten als angemessen gelten. Die Art der Vollstreckung muß die abschreckende Wirkung noch erhöhen.<<

Die kroatische Ustascha-Bewegung vertrieb bis Oktober 1941 rd. 120.000 Serben aus Kroatien nach Serbien. Später mußten weitere 42.000 Serben und 58.000 Kroaten die bulgarischen Gebiete verlassen. Im gleichen Zeitraum vertrieben die Serben rd. 12.000 Kroaten aus Serbien (x006/77E, 78E). Die italienischen Besatzer verschleppten bis Ende 1941 rd. 35.000 Slowenen und andere jugoslawische Staatsbürger nach Italien. Das NS-Regime deportierte ebenfalls Tausende von jugoslawischen "Fremdarbeitern" in das Deutsche Reich.

Im Spätherbst 1941 schlugen die deutschen Truppen den Partisanenkrieg in Serbien vorübergehend nieder. Die meisten Partisanen konnten jedoch in die fast unzugänglichen jugoslawischen Gebirge und Schluchten entkommen und setzten den Kampf später fort. Wegen der ständigen Partisanenüberfälle siedelte man im Winter 1941/42 alle Volksdeutschen, die in Serbien lebten, in westliche Gebiete um.

Ab November 1941 bekämpften sich außerdem die Tito-Partisanen (südslawische Kommunisten) und die königstreuen Tschetniks (nationale Widerstandsbewegung in Westserbien) und führten erbitterte Gefechte.

Der Volksdeutsche O. W. aus Windthorst in Bosnien berichtet später über die Verteidigung einer deutschen Siedlung gegen Partisanenangriffe (x006/151): >>... Jede Nacht war ein "Zug" der Kolonisten ... des Dorfes auf Wache. ... Die Partisanen ihrerseits wußten, daß sie hier auf Granit beißen mußten, denn die Kolonisten verteidigten nicht nur die wichtige Straße, sondern vor allem ihre eigenen Frauen und Kinder und Häuser.

Furchtbar rächten sich die Partisanen, wenn sie sich des einen oder anderen ... bemächtigen konnten ... Im strengsten Winter (Januar 1942) nahmen sie 3 Männer mit, banden sie an Bäume, zogen sie nackt aus und mißhandelten sie dann bis zum Tode. Erst Monate darauf, nach

der Frühjahrsoffensive gegen die Partisanen im Kozara-Gebirge, konnten die arg verstümmelten Leichen dieser 3 Männer geborgen und ... beigesetzt werden.

Doch waren nicht alle Partisanenbrigaden gleich grausam. So hat sich z.B. die Einheit ... eines jungen serbischen Popen, die das Kloster M. einnahm ... im großen und ganzen korrekt verhalten.

Am radikalsten waren die kroatischen Serben ... weil dort ... die kroatische Ustasi furchtbar brutal vorgegangen waren. Ende September 1944, als es zur Aussiedlung kam, war gerade diese Brigade ... im Einsatz gegen Windthorst, und das wußten alle: da gab es kein Pardon. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1961 über den Partisanenkrieg in Jugoslawien (x006/45E-59E,60E-64E): >>>**Der Balkanfeldzug; die Volksgruppe im Krieg; die Zerschlagung Jugoslawiens**

Nach der Aktion der Oppositionsgruppen um Simović trieb die Entwicklung in Jugoslawien schnell auf eine Krise in den Beziehungen zum Reich hin. Dennoch waren es nicht primär die deutsch-jugoslawischen Beziehungen, sondern die Mißerfolge des italienischen Balkankrieges, welche das militärische Eingreifen Deutschlands herbeiführten.

Um die mit einer drohenden italienischen Niederlage und dem Eingreifen der Engländer in Griechenland heraufziehenden Gefahren zu bannen, entschloß sich Hitler, dem bis dahin "kein Opfer" als zu hoch "für ein freundschaftliches Verhältnis zu Jugoslawien" erschienen war und obwohl damit seine Rußlandpläne verzögert wurden, zum Losschlagen, als mit dem Simović-Putsch das auslösende Moment gegeben war.

Nach einer kurzen, heftigen Pressekampagne mit den üblichen Vorwürfen wegen Vergehen an den Volksdeutschen begann am 5. April 1941 der Krieg gegen Jugoslawien. Starke Panzertruppen unter Generaloberst von Kleist, motorisierte Kräfte, Infanterie- und Gebirgsdivisionen, ebenfalls unterstützt von einem Panzerkorps unter Generaloberst von Weichs, und Truppen der 12. Armee unter Generalfeldmarschall List stießen aus dem Norden und von Bulgarien her nach Jugoslawien hinein.

Am 6. April bombardierte die Luftwaffe pausenlos die Hauptstadt Belgrad; durch diese als "Strafaktion" gegen die Putschisten aufgefaßten Angriffe entstanden unter der Zivilbevölkerung hohe Verluste. Auch Volksdeutsche fielen den Angriffen zum Opfer. Das jugoslawische Heer vermochte die Angriffskeile der deutschen Verbände nirgends nachhaltig aufzufangen. Am 17. April wurden nach dem Rücktritt des Oberbefehlshabers Simović Waffenstillstandsverhandlungen eingeleitet; am Tage darauf trat der in Belgrad unterzeichnete Vertrag über die bedingungslose Kapitulation der jugoslawischen Wehrmacht in Kraft.

Er bedeutete zugleich de facto das politische Ende Jugoslawiens, am 8. Juli 1941 verkündeten Deutschland und Italien das staatsrechtliche Ende des Königreichs Jugoslawien, dessen emigrierter König und seine Regierung allerdings im Exil den Anspruch auf das Fortbestehen des Staates erhoben.

Die Volksdeutschen in waffenfähigem Alter gerieten in den Tagen vor und nach dem Kriegsausbruch in einen tiefen inneren Zwiespalt. Befolgung des Gestellungsbefehls und damit Kampf gegen deutsche Truppen oder Vermeidung des Kriegsdienstes durch Flucht oder im Versteck - das war für viele die Alternative.

Im Norden und Nordosten des Landes wählte mancher den Weg in die Steiermark, nach Ungarn oder Rumänien, andere verbargen sich bis zum Eintreffen deutscher Soldaten. Sich dem jugoslawischen Militärdienst zu entziehen, hatte auch eine vom OKW der "Volksdeutschen Mittelstelle" (VOMI) übermittelte "Führerweisung" gefordert, deren Inhalt über die Volksgruppe bekannt gemacht werden sollte.

Darin hieß es, "der Führer (hat) entschieden, daß sich die Betreffenden dem Stellungsbefehl entziehen und verstecken sollen ...". Dennoch wurde eine nicht genauer zu bestimmende Zahl

von Jugoslawiendeutschen, zweifellos die Mehrheit der Dienstpflichtigen, eingezogen; sie gingen häufig nach der ersten Feindberührung, ähnlich wie kroatische Einheiten, zu den deutschen Truppen über und wurden alsbald wieder nach kurzer Gefangenschaft entlassen.

Inmitten der überhitzten Atmosphäre dieser ersten Apriltage wurden die verantwortlichen Männer der volksdeutschen Gemeinden und der Volksgruppenleitung in tragische Verhältnisse verstrickt, in denen es für sie zu einem fast unlösbaren Problem wurde, die richtigen Grundsätze für ihr Verhalten zu finden. Wenn es dabei zu Entscheidungen kam, in denen das Bedürfnis nach Selbstschutz und sogar eigener Aktion die Loyalitätsverpflichtung gegenüber dem jugoslawischen Staat überwog, so war diese Handlungsweise in starkem Maße von der nahezu unerträglich gespannten Situation und der sicher nicht ganz unberechtigten Furcht vor Ausschreitungen gegen Deutsche diktiert.

Für die deutschen Geiseln, die an vielen Orten in Haft genommen und meist nach Peterwardein gebracht worden waren, war unmittelbare Gefahr für Leib und Leben heraufbeschworen. In manchen Orten der Batschka und im Banat, auch in Slawonien und Bosnien wurden daher bewaffnete Streifen gebildet, die häufig von den Mitgliedern der halb-militärischen "Deutschen Mannschaft" gestellt wurden, sich dann aber nicht auf den Schutz der Volksdeutschen beschränkten.

In Neusatz, wo sich Dr. Janko mit seinen Mitarbeitern im Habag-Haus (Haus-Bau-AG) versammelt und verbarrikadiert und nach Verhandlungen die Aufstellung einer Deutschen Bürgerwache von 150 Mann erreicht hatte, gab das Erscheinen deutscher Truppen am anderen Donauufer und die Sprengung der beiden Brücken "das Zeichen, nun vollends frei in Aktion zu treten".

Die inzwischen mit Gewehren bewaffnete Wachmannschaft besetzte das Postgebäude, den Bahnhof, das Kraftwerk und begann mit der Entwaffnung serbischer Truppenteile; die deutschen Geiseln wurden von einem Stoßtrupp befreit. Während im Habag-Haus Waffentransporte eintrafen, so daß dort "etwa 1.000 Gewehre, etwa 30 LMG, 15 SMG, 3 PAK, etwa 60.000 Schuß Infanteriemunition, große Mengen Handgranaten usw." gestapelt werden mußten, wurden zwei serbische Regimenter zur Waffenniederlegung überredet.

In Esseg beim Kampf um die Hauptpost und bei der Verteidigung der beiden großen Draubrücken, in der Gottschee, in Marburg (Drau), Vukovar, Ruma, Beschka, Indjija, Neu-Pasua und Franztal griffen bewaffnete Einsatztrupps der "Deutschen Mannschaft" im Rücken der Front ein und nutzten die Auflösungserscheinungen unter den zurückflutenden Truppen aus. Eine wertvolle Unterstützung für die deutschen Angriffsspitzen bedeutete die Besetzung des mit neuen Messerschmittjägern ausgerüsteten großen Militärflughafens Semlin bei Belgrad durch eine Gruppe von Volksdeutschen.

Es kann nicht verwundern, daß in den Tagen des jugoslawischen Zusammenbruchs, bei der Panik und Hysterie der Militäreinheiten und der Zivilbevölkerung in den Kampfgebieten, die Nachrichten über solche Vorgänge und die Zusammenstöße vieler serbischer Soldaten mit der "Deutschen Mannschaft" und dem Ortsschutz der Dörfer die sicherlich irri-ge Vorstellung genährt haben, es mit der wohlüberlegten Tätigkeit einer deutschen "5. Kolonne" zu tun zu haben. Ihr wurde die katastrophale Niederlage zum guten Teil zugeschrieben, was historisch indessen keineswegs zutrifft.

Auf der anderen Seite muß festgehalten werden, daß sich das vielerorts ungestörte gute Verhältnis zwischen den Deutschen und Andersnationalen auch in der Krise des Aprils 1941 und später bewährte. Nach dem Einzug der Ungarn in Neusatz suchten und fanden Serben aus der Stadt und auch aus den Landgemeinden Schutz im Habag-Haus. Auch später noch wurde von den Deutschen im Banat und in der Batschka zahlreichen Serben gegen die Ungarn und Kroaten Hilfe gewährt, gleich, ob es sich um exponierte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens oder um bäuerliche Nachbarn handelte.

In Syrmien und in Kroatien gefährdeten Deutsche ihr Leben, da sie sich für verfolgte Serben einsetzten; so wurde z.B. der Bezirksvorsteher von Alt-Pasua, Rometsch, aus Rache dafür erschossen, daß er kroatische Ustaschi ausweisen ließ, die Serben abführen wollten. Auch die deutschen Geistlichen suchten oft unter Lebensgefahr ihre orthodoxen Amtsbrüder zu schützen. Bis in die Nachkriegsjahre hat in zahllosen Fällen diese enge Verbindung mit Andersnationalen die Leidenschaften und Gegensätze des Krieges überdauert.

Die militärische Niederlage Jugoslawiens gab den Achsenmächten, denen sich nach Kriegsausbruch Ungarn und Bulgarien angeschlossen hatten, Spielraum zur Zerschlagung des südslawischen Königreichs, wobei ihnen die starken innerstaatlichen Spannungen zweifellos weit entgegenkamen.

Der Leiter der nationalrevolutionären, halbfaschistischen kroatischen Ustascha-Bewegung, Dr. Ante Pavelić, ließ am 10. April durch den ehemaligen k. u. k. Obersten E. Kvaternik einige Stunden vor der Ankunft deutscher Verbände den "Unabhängigen Staat Kroatien" ausrufen; Pavelić übernahm als "Poglavnik" (Staatsführer) die autoritäre Regierung des von Deutschland und Italien als Bündnispartner anerkannten Nachfolgestaates. In den Wiener Verhandlungen vom 20. bis 22. April 1941 wurden dann die Annexionen der einzelnen Mächte festgelegt.

Das Reich erhielt vom nördlichen Slowenien die Oberkrain und die früheren Kärnter und steirischen Gebiete der Donaumonarchie, während Italien außer der Unterkrain die dalmatinischen Inseln und ausgedehnte Streifen der Adriaküste aus der jugoslawischen Konkursmasse gewann, sich dazu eine südlich von Agram, Banja Luka und Sarajewo liegende Besatzungszone zuweisen ließ und den - dann niemals amtierenden - kroatischen König Tomislav II. mit Herzog Aimone von Spoleto zu stellen beanspruchte. Ungarn gliederte sich die Murgebiete und die westliche Woiwodina an, Bulgarien das serbische Mazedonien.

Ein Streifen Westmazedoniens wurde zu dem mit Italien in Personalunion verbundenen Großalbanien geschlagen. In Cetinje proklamierte eine "Konstituierende Nationalversammlung" am 12. Juni 1941 die Unabhängigkeit eines ebenfalls eng mit Italien liierten Montenegro. Allen großserbischen Tendenzen war durch diese Abtrennungen die Basis entzogen, so daß für den ungefähr mit Altserbien übereinstimmenden Reststaat Serbien, in dem nach dem Zwischenspiel einer provisorischen Regierung der General Nedić die Geschäfte übernahm (29. August 1941), nur die Rolle eines abhängigen Satelliten der Achsenpartner blieb.

Das von Rumänien beanspruchte Westbanat, das Hitler indessen für später auch noch Ungarn zugesichert hatte, unterstand Serbien der Verwaltung und Kontrolle des deutschen "Militärbefehlshabers Serbien". In neun verschiedenen Zonen also: teils annektierten oder von Militärs verwalteten Gebieten, teils Staaten im Genuß einer Pseudounabhängigkeit, spielte sich bis 1944/45 das politische Leben Jugoslawiens ab.

Die Volksdeutschen Südslawiens hatten im Norden Sloweniens den erstrebten Anschluß an das Reich gewonnen. In den Wiener Vereinbarungen war die neue deutsch-italienische Grenze, in nordwestlich-südöstlicher Richtung durch Slowenien verlaufend, festgelegt worden. Der deutsch-kroatische Vertrag vom 13. Mai 1941 folgte den ehemaligen Kronlandgrenzen. Die Sloweniendeutschen unterstanden damit bis Kriegsende der Hoheit und den Gesetzen des Reiches, wenn sie auch formell nie eingegliedert wurden.

Der neugewonnene Teil Kärntens und der Krain wurde dem Gau Kärnten, der größere steiermärkische Teil dem Gau Steiermark unter Gauleiter und Reichsstatthalter Uiberreither angeschlossen, der dort als Chef der Zivilverwaltung amtierte, während diese Funktion in Kärnten-Krain der stellvertretende Gauleiter von Kärnten, Kutschera, ausübte. –

Südlich von Laibach unterstanden die Jugoslawiendeutschen italienischer, ihre Mehrheit in der Batschka und Baranja ungarischer Oberhoheit; Ungarn zählte daher nach 1941 mit ca. 1,2 Millionen die größte deutsche Minderheit in Südosteuropa.

Im "Unabhängigen Staat Kroatien" sollte die deutsche Volksgruppe sehr bald eine eigene Rechtsstellung gewinnen, während die deutsche Minderheit im Banat eine eigene Volksgruppe unter der Leitung Dr. Jankos bildete; ihr wie dem Streudeutschtum Serbiens wurde die Protektion der deutschen Militäradministration zuteil. Spätestens seit dem Hochsommer 1941 waren die Jugoslawiendeutschen außerhalb der Batschka und Baranja unmittelbar und ohne Einschränkung von reichsdeutschen Direktiven abhängig.

## **2. Die Entwicklung in den einzelnen Teilgebieten:**

### **a) Kroatien.**

Die Leitung des in Agram ausgerufenen "Unabhängigen Staates Kroatien" übernahm am 15. April 1941 der aus Italien herbeigeeilte Führer der Ustascha-Bewegung, Dr. Ante Pavelić, mit dem die Vertreter des Kroatiendeutschtums sogleich in Verhandlungen über die Rechtsstellung der Volksdeutschen Staatsbürger eintraten.

Als erstes Zeichen des Entgegenkommens wurde der zur Erneuerungsbewegung zählende Palankaer Rechtsanwalt Dr. Jakob Elicker zum Großgespan der fast ganz Syrmien umfassenden Großgespanschaft Wuka ernannt, ehe nach zwei Monate währenden Beratungen in einer Reihe von kroatischen Gesetzesdekreten der Rechtsstatus der "Deutschen Volksgruppe im Unabhängigen Staat Kroatien" fixiert wurde.

Das erste Gesetz vom 21.6.1941 erklärte sie zur juristischen Person öffentlichen Rechts (Art. 2) und garantierte ihren Angehörigen die Gleichberechtigung mit Kroaten auf den Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens (Art. 5), sowie die "uneingeschränkte Erhaltung ihres deutschen Volkstums und das ungehinderte Bekenntnis zu ihrer nationalsozialistischen Weltanschauung".

Am 31.7.1941 wurde der Volksgruppe die Gründung einer "Einsatzstaffel" im Rahmen der kroatischen Ustaschamiliz gestattet, deren drei aus der "Deutschen Mannschaft" gebildete Kompanien samt einer "Stabswache" dem kroatischen Generalstabschef unterstellt werden sollten. Der Sommer 1941 verstrich, bis am 30.10.1941 die Rechtsstellung des Volksgruppenführers Branimir Altgayer dahin näher bestimmt wurde, daß er Amt und Befugnisse eines Staatsdirektors zugesprochen erhielt, eine Stellung, die 1943 mit der Ernennung Altgayers zum Staatssekretär substantiell nicht verändert wurde.

In den inneren Angelegenheiten der Volksgruppe sprach das Dekret vom 30.10.1941 Altgayer "das Verordnungsrecht im Rahmen der Gesetze zu" (Art. 4) und überließ ihm damit den ganzen Bereich des politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens der Kroatiendeutschen zur rechtlichen Ordnung. Gewisse Grenzen wurden dieser Volksgruppenhoheit durch die Verfügungen "über den Gebrauch der deutschen Sprache, der deutschen Fahne und der deutschen Symbole" vom 30.10.1941, über "Beamte und Angestellte deutscher Volkzugehörigkeit im öffentlichen Dienst" vom gleichen Tag und "über das deutsche Schulwesen" vom 25.9.1941 gesteckt.

Die sprachenrechtliche Regelung gestattete den Gebrauch der deutschen Sprache im öffentlichen Leben in Wort und Schrift; in Verwaltungseinheiten mit mehr als zwanzig Prozent deutscher Bevölkerung galten Kroatisch und Deutsch als gleichberechtigte Amtssprachen, öffentliche Bekanntmachungen, Aufschriften, Formulare usw. waren doppelsprachig zu halten; in Distrikten mit mehr als zehn Prozent deutscher Bevölkerung durften die Deutschen ihre Sprache im Amtsverkehr gebrauchen (Art. 3).

In den deutschen Siedlungen sollten "möglichst volksdeutsche Beamte" verwendet werden, wie es die Verfügung über die deutschen Angehörigen des öffentlichen Dienstes (Art. 5) forderte. Ihre Anstellungsgesuche unterlagen einer Beurteilung durch die Volksgruppenführung und das "Ustascha-Hauptquartier"; beim Amtseid versprachen sie "dem deutschen Volkstum und dem Führer sowie dem Staat Kroatien und dem Poglavnik" die Treue zu halten (Art. 4). Nur im Einvernehmen mit dem Volksgruppenführer konnten sie versetzt, suspendiert, pensio-

niert und entlassen werden.

Die Neuordnung des Schulwesens gab der Volksgruppe nicht die völlige Schulautonomie, sondern unterstellte es einer eigenen Abteilung im kroatischen Unterrichtsministerium, in der die Lehrpläne und Schulbücher ausgearbeitet wurden. Zu ihrem Leiter wurde auf Vorschlag Altgayers der ehemalige Rektor des deutschen Realgymnasiums in Agram, H. Kühn, ernannt. Im Gegensatz zur Regelung in der Batschka und im Banat blieben die kroatiendeutschen Schulen grundsätzlich staatliche Institutionen, wenn ihnen auch gleichwohl in denkbar großzügiger Weise Raum zur Entfaltung gewährt wurde.

Die Aufnahme der Kinder erfolgte ohne weitere Formalität auf Grund des von der Volksgruppe ausgestellten "Volkszugehörigkeitsausweises", wobei deutsche Kinder prinzipiell in deutsche Schulen eingeschrieben wurden (Art. 5). In Orten, wo im Umkreis von 8 km mindestens 20 schulpflichtige deutsche Kinder lebten, mußte eine deutsche Volksschule errichtet werden; gab es nur 10 deutsche Kinder, so sollten Behelfsschulen, bei weniger als 10 deutschen Kindern sog. "Schulstützpunkte" für deutsche Wanderlehrer errichtet werden (Art. 8, 9).

Außerdem war es der Volksgruppe mit Zustimmung des Unterrichtsministeriums gestattet, "auf eigene Kosten" Schulen und Lehrkräfte zu unterhalten, während diese sonst als Beamte des kroatischen Staates besoldet wurden. Die Richtlinien dieses Schuldekrets trugen der Lage des slawonischen und kroatischen Streudeutschums in einem so hohen Maße Rechnung, daß kaum Wünsche offen blieben, zumal der vom 3. Schuljahr ab vorgeschriebene Unterricht in kroatischer Sprache, Literatur, Geschichte und Heimatkunde wohl als minimaler Anspruch des kroatischen Unterrichtsministeriums aus naheliegenden praktischen Gründen gutgeheißen werden mußte.

Bis 1944 umfaßte das deutsche Schulwesen ca. 300 Volks- und Behelfsschulen, eine Lehrerbildungsanstalt in Esseg, zwei Realgymnasien in Esseg und Ruma, eine Handelsakademie in Semlin, acht Hauptschulen in Djakovo, Esseg, Indjija, Neu-Pasua, Semlin, Vukovar, Weretz, Vinkovci, sowie die private evangelische Oberrealschule in Agram.

Der innere Ausbau der kroatiendeutschen Volksgruppe zwischen 1941 und 1944/45 entwickelte sich auf der Linie einer straffen Erfassung aller Deutschen im "Unabhängigen Staat Kroatien" durch zahlreiche Organisationen, ein Prozeß, der freilich nachhaltig unter den Kriegsverhältnissen, vornehmlich den Auswirkungen der Partisanenkämpfe litt.

Am 8. Mai 1941 bereits erließ Altgayer nach dem "unbedingten Führerprinzip" vorläufige Organisationsbestimmungen", in denen die verschiedenen Ämter der Volksgruppenführung mit dem Sitz in Esseg und die Dienststellen für die Verbindung zur Ustascha-Regierung in Agram (Zagreb) eingeführt wurden. Das deutsche Siedlungsgebiet wurde in Kreise unter Kreisleitern und Ortsgruppen unter Ortsleitern eingeteilt, während in Ortschaften mit weniger als zehn deutschen Familien sog. "Stützpunkte" eingerichtet werden sollten.

In der "Landesbauernschaft" und der "Gemeinschaft der gewerblichen Wirtschaft" entstanden berufsständische Institutionen, in denen Mitgliedschaft Pflicht war; sozialpolitische Aufgaben oblagen der nach dem Vorbild der "Arbeitsfront" gegliederten "Deutschen Arbeitsgemeinschaft". Infolge der Zerschlagung des jugoslawischen Staates kam es auch zu einer Umorientierung des kroatiendeutschen Genossenschaftswesens, das fortan in Esseg seine Spitze im "Hauptverband der deutschen bäuerlichen und gewerblichen Genossenschaften in Kroatien" besaß. Dieser soll im Frühjahr 1942 ca. 300 Genossenschaften umfaßt haben.

Als "politische Ausleseorganisation", die als der "einzige und alleinige politische Willensträger der Deutschen Volksgruppe" gelten wollte, wurde die "Nationalsozialistische Deutsche Gefolgschaft in Kroatien (NSDGGK)" ins Leben gerufen, der z.B. alle Dienststellenleiter der Volksgruppe angehören mußten (Art. 11).

Außer der "Deutschen Mannschaft", einer die Männer zwischen dem 18. und 45. Lebensjahr umfassenden, militärisch gegliederten Organisation, der "Deutschen Frauenschaft", deren An-



gehörte sich aus der "Allgemeinen Frauengemeinschaft" rekrutierten, und der "Stamm-DJ", einer Auswahl aus der "Deutschen Jugend (DJ)", waren der NSDGGK alle Standesverbände automatisch angeschlossen.

Diese bis zur Namensgebung und Altersgliederung in den einzelnen Organisationen genaue Kopie reichsdeutscher Vorbilder mit dem gleichen totalitären Anspruch, gemäß dem z.B. die Kinder vom 4. bis 10. Lebensjahr bereits in "Kindergruppen" zusammengefaßt wurden, ehe sie in das "Deutsche Jungvolk" und den "Jungmädelsbund" eintraten, schloß auch "in Anbetracht der besonders heiklen Lage der Deutschen Volksgruppe" die mehrfach in Verordnungen Altgayers geforderte Verpflichtung ein, die Nürnberger Gesetze "strengstens anzuwenden".

Der mit der Rechtsstellung der deutschen Volksgruppe in der Slowakei vergleichbare Status des Kroatiendeutschums war durch eine weitreichende nationale Autonomie gekennzeichnet, die freilich sogleich durch die Übernahme eindeutig staatlicher Funktionen, wie z.B. die Einrichtung eines eigenen Wehrbezirkskommandos in Vinkovci für alle Wehrpflichtigen der deutschen Volksgruppe, überschritten wurde.

Die auf den ersten Blick anziehende Lösung des Problems der kroatiendeutschen Minderheit durch ein nationalitätenrechtliches Autonomiestatut verriet doch das erdrückende politische Übergewicht des Reiches, das kroatischen Befürchtungen vor einem Staat im Staate Nahrung gab.

#### **b) Banat.**

Der Rumpfstaat Serbien und das Westbanat zwischen Theiß und der jugoslawisch-rumänischen Grenze unterstand der Verwaltung des "deutschen Militärbefehlshabers Serbien", der dem OKH verantwortlich war, während der seit dem August 1941 zum "Wehrmachtbefehlshaber Südost" ernannte und ihm vorgesetzte Generalfeldmarschall List in Athen dem OKW direkt unterstellt blieb.

Zwei Wochen nach dem Zusammenbruch des südslawischen Staates wurde am 5. Mai in Belgrad zwischen Kriegsverwaltungsräten des Militärbefehlshabers, Vertretern der ehemaligen jugoslawiendeutschen Volksgruppenführung (Dr. Janko, Dr. Neuner, J. Lapp, F. Reith, H. Lecker), die seit der Übernahme der Batschka und Baranja durch Ungarn ihren Sitz von Neusatz nach Groß-Betschkerek verlegt hatte, sowie serbischen Beamten die Grundlinien der von der "Deutschen Volksgruppe im Banat und Serbien" übernommenen Verwaltung des Banats festgelegt.

Einem deutschen Vize-Banus, Joseph Lapp, unterstand danach eine Behörde, die "sämtliche Funktionen und Zweige der gesamten inneren Verwaltung" umfaßte und deren vier Sektionschefs ebenso Volksdeutsche waren wie die Bezirksvorsteher, Gemeindevorstände und Leiter der Steuerämter in überwiegend volksdeutschen Gemeinden.

Zum Präsident des Appellationsgerichtshofes in Groß-Betschkerek wurde Dr. Neuner bestellt; im selben Ort wurde eine unter volksdeutscher Verwaltung stehende Außenstelle der Finanzdirektion und der Postdirektion in Belgrad eingerichtet; in Belgrad-Nord entstand eine eigene Eisenbahndirektion für das Banat. Die volksdeutschen Beamten galten als serbische Staatsangestellte.

Von der Regierung Nedić wurde die "Deutsche Volksgruppe im Banat und Serbien" noch im Juli 1941 als juristische Person des öffentlichen Rechts anerkannt, der zudem durch Verordnung vom 6.8.1943 das Recht der Besteuerung und Bestrafung von Volksgruppenangehörigen eingeräumt wurde.

Auch im Banat kann trotz der volksdeutschen Selbstverwaltung von einer Nationalitätenautonomie für die deutsche Minderheit im strikten Sinne nicht die Rede sein, da die deutsche Volksgruppenleitung teils Exekutionsorgan der deutschen Militärverwaltung wurde, teils die Gebiets Herrschaft im Banat ausübte und eindeutig staatliche Aufgaben übertragen bekam, so daß ihr Verhältnis zur Nedić-Regierung kaum noch als Unterordnung bezeichnet werden

kann. Vielmehr besaßen der Volksgruppenführer Dr. Janko und die von ihm abhängigen volksdeutschen Dienststellen eine aus den Kriegsbedingungen abzuleitende, von den Serben kaum geschmälerte Handlungsfreiheit.

Der innere Ausbau der Banater Volksgruppe folgte ähnlichen Grundsätzen, wie sie für die deutschen Minderheiten in Südosteuropa spätestens seit 1940/41 allgemein galten. Die "Deutsche Mannschaft" wurde zur Reserve für die 7. SS-Gebirgsdivision "Prinz-Eugen", deren Wehrersatzamt in Groß-Betschkerek lag. Die "Deutsche Jugend", der "Arbeitsdienst", die "Frauenshaft" breiteten das Netz ihrer Organisationen über die donauschwäbischen Gemeinden, auch das "Kriegswinterhilfswerk", eine "Wehrmachtsbetreuung" und "Sammeltage" tauchten auf.

"Das Recht der selbständigen Organisation des Schulwesens im Banat" wurde der Volksgruppe durch die Verordnung vom 3. Oktober 1941 zuerkannt, d.h. der "Schulstiftung der Deutschen im Banat und Serbien" als Rechtsnachfolgerin der "Schulstiftung der Deutschen im Königreich Jugoslawien". Alle deutschen Schulen galten danach (Art. 2) als private Institutionen, die jedoch vom serbischen Staat jährlich in der Höhe der Lehrergehälter subventioniert wurden, sowie "Öffentlichkeitsrechte und alle Rechte der staatlichen Schulen" genossen (Art. 4), wie auch in merkwürdiger Verknüpfung alle Lehrkräfte Staatsbeamte waren.

Die Aufsicht über sämtliche deutsche Lehranstalten übten die Sektion für das deutsche Schulwesen im Belgrader Unterrichtsministerium und die Kreisschulleiter für deutsche Schulen, beides ausschließlich volksdeutschen Beamten vorbehaltenen Institutionen, aus. Vom serbischen Staat und den Gemeindeverwaltungen mußten (Art. 3) mit dem Inkrafttreten des Schuldekrets alle Gebäude, in denen sich Schulen und Abteilungen mit deutscher Unterrichtssprache befanden, einschließlich des Inventars "unentgeltlich" der deutschen Schulstiftung übergeben werden, der übrigens auch die Gestaltung der Lehrpläne oblag.

Unter denselben Bedingungen wurden ihr in Groß-Kikinda die staatliche Bürgerschule, in Pantschowa die ehemalige Volksschule, in Werschetz der Neubau und ein Teil des alten staatlichen Gymnasiums, in Weißkirchen das Offiziersheim und das Militärkrankenhaus übertragen. Für die Aufnahme von Kindern deutscher Volkszugehörigkeit galt die schriftliche Einwilligungserklärung der Eltern als maßgebend; der Unterricht in serbischer Sprache war Pflichtfach.

Außer den deutschen Volksschulen, zu deren Einrichtung es 15 deutscher Schulkinder an einem Ort bedurfte, bestanden zwischen 1941 und 1944 eine Lehrerbildungsanstalt in Werschetz, der auch ein Kindergärtnerinnenseminar angeschlossen war, eine Handelsakademie in Groß-Betschkerek, zwei Realgymnasien in Werschetz und Groß-Betschkerek, drei Untergymnasien in Groß-Kikinda, Pantschowa und Weißkirchen, neun Hauptschulen in Groß-Betschkerek, Werschetz, Groß-Kikinda, Weißkirchen, Pantschowa, Kovin, Modosch, Franzfeld, Karlsdorf und Rudolfsgnad, eine Landwirtschaftsschule in Werschetz und eine Haushaltsschule in Weißkirchen.

### **c) Batschka.**

Die Batschka und Baranja wurden im April 1941 nicht von deutschen Truppen, sondern von Honvédeinheiten besetzt. Unmittelbar nach dem Einmarsch kam es zu blutigen Ausschreitungen gegen die serbische Bevölkerung, einige Male auch gegen die Donauschwaben. Massenausweisungen folgten, im Neusatzer Serbenmassaker vom Januar 1942 erreichten die Verfolgungen ihren Gipfel. Die mitbetroffenen Volksdeutschen entzogen sich bisweilen durch Flucht den Gewaltmaßnahmen oder führten bei den deutschen Dienststellen in Kroatien und im Banat Beschwerde.

Diese Vorfälle haben von Anfang an das Verhältnis der jüngeren Generation der Batschkaer Donauschwaben in den "Befreiten Südgebieten" zur ungarischen Verwaltung belastet, wogegen die Älteren trotz dieses enttäuschenden Auftaktes aus der Erinnerung an das Habsburger

Reich die Annexion häufig begrüßten.

Nach der Übersiedlung der bisherigen Volksgruppenführung von Neusatz ins Banater Groß-Betschkerek, wurden die Deutschen in der Batschka und Baranja in den "Volksbund der Deutschen in Ungarn" (VDU) aufgenommen, der nach dem am 30.8.1940 zwischen Deutschland und Ungarn abgeschlossenen Wiener Volksgruppenvertrag als die einzige Organisation der ungarischen Staatsangehörigen deutschen Volkstums anerkannt worden war.

Allerdings ist ihm niemals der Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft zugebilligt worden, den die Volksgruppen der Banater und Kroatiendeutschen seit dem Herbst 1941 besaßen. Seither unterlag der größte Teil des Jugoslawiendeutschtums derselben Entwicklung wie das Deutschtum Ungarns. Die Deutschen in der Batschka und Baranja unterstanden den "Hauptämtern" der Budapester Volksgruppenführung unter Dr. Franz Basch und wurden in die Verbände der "Deutschen Mannschaft", "Deutschen Jugend", "Frauensschaft" und "Fachschaften" aufgenommen,

Während die beiden Reichstagsabgeordneten des Deutschtums im Trianon-Ungarn in den Parlamentswahlen von 1939 ihre Mandate errungen hatten, wurden als die Vertreter der ehemals jugoslawischen Donauschwaben die Skupschtina-Abgeordneten F. Hamm, J. Trischler und J. Spreitzer in das Unterhaus, Ch. Welker (Feketitsch) und O. Reszely (Palanka) in das Oberhaus berufen; in beiden Institutionen waren sie jedoch gegenüber der Politik, die von Basch und seinen Mitarbeitern nach dem "Führerprinzip" und gemäß den Direktiven reichsdeutscher Stellen vertreten wurde, ohne Einfluß.

Das Schulwesen unterstand seit dem Wiener Vertrag dem Schulamt des "Volksbundes". Dieser übernahm auch zunächst die Aufsicht über die Lehranstalten der Batschka, die bis zum April 1941 Einrichtungen der "Deutschen Schulstiftung" gewesen waren. Erst am 15.5.1943 wurde vom königlich-ungarischen Minister für Kultus und Unterricht ein "Stiftungsbrief der Schulstiftung der Deutschen Volksgruppe in Ungarn" gebilligt.

Ihm zufolge sollte diese neue Institution die gleichen Aufgaben wie die frühere jugoslawische und gleichzeitig wirkende Banater Schulstiftung wahrnehmen, indem sie "die eigenen Schulen der Stiftung und die von dem Volksbund der Deutschen in Ungarn bzw. seinem eventuellen Rechtsnachfolger errichteten, übernommenen oder anerkannten" deutschen Schulen unterstützte. Die Schulstiftung besaß keine autonome Stellung neben dem VDU, da dieser die fünf Mitglieder des "Stiftungskuratoriums" einschließlich seines Vorstandes aus Angehörigen des "Volksbundes" ernannte und faktisch die ungarndeutsche Schulstiftung weiter vom Schulamt der Volksgruppe abhängig blieb.

Bis zur Evakuierung und Flucht vor der Roten Armee seit dem Herbst 1944 blieben außer den Volksschulen in diesem neuen organisatorischen Rahmen von den jugoslawiendeutschen Lehranstalten erhalten: die Lehrerbildungsanstalt, die Bürgerschule und das Gymnasium in Neuwerbaß, die Bürgerschule und das Gymnasium in Apatin, die landwirtschaftliche Schule in Futog und die beiden Bürgerschulen in Neusatz und Hodschag.

#### **d) Serbien.**

Noch im Sommer 1941 wurden die serbischen Volksdeutschen im "Kreis Prinz Eugen der Deutschen Volksgruppe im Banat und in Serbien" organisiert, der Belgrad und das der Regierung Nedić überlassene Restserbien umfaßte. Die Formen der Organisation entsprachen mit "Frauensschaft", "Deutscher Jugend", "Deutscher Mannschaft" usw. durchaus den reichsdeutschen Vorbildern.

Aus den Plänen, die im Juli 1941 sich in einer großen geheimen Denkschrift des Reichsführers-SS, zugleich Reichskommissars für die Festigung Deutschen Volkstums (RKFDV), des Auswärtigen Amtes und des Innenministeriums über die "Lage und das zukünftige Schicksal des Deutschtums im ehemaligen jugoslawischen Staatsgebiet" niedergeschlagen hatten, sind allerdings keine Konsequenzen für die deutsche Politik in Rumpf-Serbien gezogen worden. In

ihnen war an ein Projekt des Prinzen Eugen (!) angeknüpft und vorgeschlagen worden, Belgrad als "deutsche Reichsfestung" einer gleichsam NS-deutschen neuen Militärgrenze auszubauen und deren Garnison aus den wehrpflichtigen Volksdeutschen des Banater Hinterlandes zu rekrutieren.

Auch die Vorschläge, den Raum um Belgrad in ein "Eisernes-Tor-Gebiet" mit dem dort projektierten gewaltigen Kraftwerk für die Energieversorgung der Donaufürstentümer einzubeziehen, blieben im Bereich utopischer Pläne einer staatlich-wirtschaftlichen Neuordnung des Balkans.

...<<

>>... Die Erbitterung über den deutschen Angriff im April 1941, die jahrhundertelange Hajduken- und Komitadschitradition des romantisierten Bandenlebens, großserbische und kommunistische Ideologie, soziale Unrast und aufgeregter Nationalitätenhaß verbanden sich auf der einen Seite zu einer rücksichtslos-radikalen Kriegsführung.

Auf der anderen Seite führte die Empörung über die eigene Hilflosigkeit gegenüber der Tätigkeit der Partisanen, die aus unzugänglich-wildem Gebiet heraus mit großer Brutalität operierten, sehr schnell zu maßlosen Vergeltungshandlungen der deutschen Besatzungsmacht, die seit dem OKW-Befehl vom 16.9.1941 für einen erschossenen deutschen Soldaten je hundert Geiseln, für einen verwundeten Deutschen je fünfzig Geiseln exekutieren ließ. ...

Nach NOKW-474 wurden allein in den drei Monaten bis zum 5.12.1941 mindestens 11.165 Serben exekutiert, bis zum Februar 1942 stieg die Zahl auf 20.149 sogenannte Sühneexekutionen an.

... Der Beginn des Rußlandfeldzuges ... löste auch das Eingreifen der bis dahin passiv abwartenden Kommunisten unter Josip Broz-Tito aus, deren "proletarische Brigaden" bis in den Winter 1941/42 in dem Verhältnis eines oft ungeklärten Zusammenspiels, dann allmählich vorherrschender erbitterter Bürgerkriegsgegnerschaft zu den Tschetniks (Heimwehrorganisationen des konservativen Landvolks) standen.

Mit der Niederschlagung des Partisanenaufstandes in Serbien durch deutsche Truppen im Spätherbst 1941 endete diese erste Phase. Titos Anhänger schlugen sich nach Ost- und Nordwestkroatien durch, wo sie wegen der grauenhaften Massaker der Ustaschamiliz des Pavelic-Regimes unter den griechisch-orthodoxen Serben starken Zulauf und Unterstützung fanden. ... Am meisten bekam das Deutschtum im "Unabhängigen Staat Kroatien" die Härten des Partisanenkrieges zu spüren, da sich in diesem Gebiet das Gros der Verbände Titos konzentrierte. Dies galt indessen nur bis zur Umsiedlung des bosnischen Streudeutschtums im Oktober/November 1942. ...

Die ... Siedlungen in Slawonien und Syrmien ließen sich von der "Einsatzstaffel" der "Deutschen Mannschaft" ... besser verteidigen. Die "Einsatzstaffel" ... übernahm den Schutz der deutschen Siedlungsgebiete.

Sie setzte sich aus dem Stab in Esseg samt seiner "Stabswache", dem seit Oktober 1941 gebildeten Verfügungsbataillon "Prinz Eugen" mit 6 Kompanien von insgesamt ca. 1.500 Mann und den bis Ende August 1942 formierten 3 Bereitschaftsbataillonen "Ludwig von Baden", "General Laudon" und "Emanuel von Bayern" mit je 4 Kompanien, insgesamt 1.800 Mann, zusammen. ... Sämtliche Einheiten befanden sich dauernd im Einsatz gegen Partisanen. ... Alle Angehörigen dieser Verbände wurden bis Frühjahr 1943 zur Waffen-SS eingezogen ...

Die Kriegsführung wurde auf beiden Seiten zunehmend erbitterter und grausamer. Überfälle und Sabotageakte der Partisanen forderten Vergeltungsaktionen und Sühnemaßnahmen der deutschen Truppen heraus. Zu ihnen wurden häufig auch volksdeutsche Einheiten der Selbstschutz- oder Waffen-SS-Verbände herangezogen; diese in der Kriegs- und Bürgerkriegssituation entstandene Mitwirkung an Geislerschießungen oder beim Niederbrennen von Feldern und Dörfern hatte später für das Jugoslawiendeutschtum insgesamt unheilvolle Konsequenzen.

Die jugoslawischen Partisanen wollten darin nur einen Beweis für die gleichbleibend aggressive und illoyale Haltung der Jugoslawiendeutschen sehen. In ihren Augen zog sich eine gerade Linie von den Ereignissen im April 1941 über das Vorgehen der in vielen deutschen Siedlungen eingesetzten Hilfspolizei bis zum militärischen Einsatz der "Deutschen Mannschaft" in der Umgebung volksdeutscher Gemeinden und ihrem Anteil an Geiselnhaftungen und Sühneexekutionen. Hier hatte der Deutschenhaß der jugoslawischen Widerstandsgruppen, der schließlich in der Forderung nach kollektiver Vergeltung am Jugoslawiendeutschtum gipfelte, eine seiner Wurzeln.<<

Der deutsche Historiker Gerhard Hümmelchen schreibt später über die militärische Stärke und Verluste der jugoslawischen Partisanen (x051/439): >>Auf dem Balkan verfügte Tito im März 44 nach deutschen Schätzungen über 11 Korps mit 31 Divisionen von je 2.000-4.000 Mann. Nach deutschen Meldungen sollen diesen Kräften vom 1.1.-1.8.44. Verluste in Höhe von 55.800 Toten und 21.500 Gefangenen zugefügt worden sein. ...<<

#### **09.07.1941**

**Ostkrieg:** Bei der großen Material- und Umfangsschlacht von Bialystok und Minsk geraten am 9. Juli 1941 rund 324.000 sowjetische Soldaten in deutsche Kriegsgefangenschaft. Die Rote Armee verliert außerdem 3.332 Panzer und 1.809 Geschütze (x040/84).

**NS-Regime:** Evangelische Geistliche veröffentlichen am 9. Juli 1941 eine Denkschrift gegen die Tötung "lebensunwerten Lebens". Das Predigerseminar der Bekennenden Kirche wird danach am 9. Juli 1941 zum zweiten Mal geschlossen. Der Seminarleiter Dietrich Bonhoeffer erhält von der Gestapo Lehr-, Predigt- und Publikationsverbot.

Eichmanns RSHA-Judenreferat setzt am 9. Juli 1941 Grübers Verhaftung durch.

Pastor Grüber wird anschließend für 3 Jahre im KZ Sachsenhausen und im KZ Dachau interniert.

#### **10.07.1941**

**Ostkrieg:** Im Nordabschnitt der Ostfront erreichen die 16. und die 18. deutsche Armee am 10. Juli 1941 auf breiter Front die ehemalige baltisch-sowjetische Grenze.

Die finnische Armee tritt am 10. Juli 1941 nördlich und westlich des Ladoga-Sees zum Angriff gegen die Sowjetunion an.

Am 10. Juli 1941 wird das erste spanische Freiwilligen-Kontingent ("Blaue Division") an der Ostfront gegen die sowjetischen Truppen eingesetzt.

#### **12.07.1941**

**Anti-Hitler-Koalition:** Die Sowjets und Briten beschließen am 12. Juli 1941 militärische Vereinbarungen. Dieses britisch-sowjetische Militärabkommen verbietet jeglichen Separatfrieden oder Waffenstillstand mit dem NS-Regime (x040/85). Zur Entlastung der Ostfront verlangt Stalin auch Luftangriffe gegen deutsche Städte.

Dieser Militärpakt (Dauer: 20 Jahre) wird am 26.5.1942 erweitert (x054/223).

**UdSSR:** Stalin läßt per Dekret vom 12. Juli 1941 mehr als 577.000 Häftlinge der Gulag-Strafarbeitslager, die wegen "unbedeutender Delikte" verurteilt worden waren, frei und in die Rote Armee einziehen (x265/252).

#### **13.07.1941**

**Ostkrieg:** Der Stab der 26. sowjetischen Division berichtet am 13. Juli 1941 über die Kämpfe bei Slastjena (x029/278): >>... Auf dem Schlachtfeld ließ der Gegner ungefähr 400 Tote zurück. Etwa 80 Mann hatten sich ergeben, die erschossen wurden.<<

**Deutsches Reich:** Bischof Clemens August Graf von Galen (1878-1946, im Dezember 1945 vom Papst zum Kardinal ernannt, Beiname: "Löwe von Münster") erklärt am 13. Juli 1941 während einer Predigt (x067/136): >>Der physischen Übermacht der Gestapo steht jeder deutsche Staatsbürger schutzlos und wehrlos gegenüber! ...

Keiner von uns ist sicher, und mag er sich bewußt sein, der treueste, gewissenhafteste Staats-

bürger zu sein, mag er sich völliger Schuldlosigkeit bewußt sein, daß er nicht eines Tages aus seiner Wohnung geholt, seiner Freiheit beraubt, in den Kellern und Konzentrationslagern der Gestapo eingesperrt wird. ...

Meine Christen!

Die Gefangensetzung vieler unbescholtener Personen ohne Verteidigungsmöglichkeit und Gerichtsurteil nötigen mich, heute öffentlich an die alte, niemals erschütterte Wahrheit zu erinnern: "Justitia est fundamentum regnorum. Die Gerechtigkeit ist das einzige tragfeste Fundament aller Staatswesen!" Das Recht auf Leben, auf Unverletzlichkeit, auf Freiheit ist ein unentbehrlicher Teil jeder sittlichen Gemeinschaftsordnung. ...

Darum erhebe ich im Namen des rechtschaffenen deutschen Volkes, im Namen der Majestät der Gerechtigkeit, im Interesse des Friedens und der Geschlossenheit der inneren Front meine Stimme, darum rufe ich laut als deutscher Mann, als ehrenhafter Staatsbürger, als Vertreter der christlichen Religion, als katholischer Bischof:

Wir fordern Gerechtigkeit!<<

Von Galen bleibt trotz seines mutigen Protestes unbehelligt, denn Hitler will einen offenen Kampf mit der katholischen Kirche vermeiden.

**14.07.1941**

Ostkrieg: Der sowjetische Armeekommissar Mechlis (Chef der Verwaltung für Politische Propaganda der Roten Armee) erteilt am 14. Juli 1941 die Weisung Nr. 20 (x046/106-107): >>... Du hast den Eid geleistet, bis zum letzten Atemzuge treu zu sein Deinem Volk, der Sowjetheimat und der Regierung. Erfülle heilig Deinen Eid in den Kämpfen mit den Faschisten. Der Kämpfer der Roten Armee gibt sich nicht gefangen. Die faschistischen Barbaren peinigen, foltern und töten die Gefangenen viehisch. Lieber den Tod als faschistische Gefangenschaft. Das Sichergeben in die Gefangenschaft ist Verrat an der Heimat.<<

Der Chef der politischen Propaganda des 31. sowjetischen Schützenkorps, Brigadekommissar Iwantschenko, schreibt am 14. Juli 1941 an die Kommissare der Abteilungen für politische Propaganda (x029/289): >>In der Zeit der Kämpfe bemerkt man in der parteipolitischen Arbeit der Abteilungen folgende politisch schädliche, jetzt sogar verbrecherische Mängel:

1. Rotarmisten und Kommandeure nehmen im Kampfe keine Soldaten und Offiziere gefangen. Es sind Fälle vermerkt, daß Gefangene erwürgt und totgestochen werden. Ein solches Verhalten den Gefangenen gegenüber bringt der Roten Armee politisch Schaden, es erbittert die Soldaten der faschistischen Armee, es verhindert den Prozeß ihrer Zersetzung, es gibt dem Offizierbestand der faschistischen Armee Unterlagen, die Soldaten über "die Schrecken" in der Gefangenschaft der Roten Armee zu belügen und den Widerstand der Soldaten zu versteifen. ...

Ich ordne daher an: 1. Mit allen Mitteln der parteipolitischen Arbeit persönlich den Einheiten und Unterabteilungen die ganze Schädlichkeit des der Roten Armee unwürdigen Verhaltens gegenüber den Gefangenen zu erklären.

Auseinandersetzungen, daß der deutsche Soldat – Arbeiter und Bauer – nicht freiwillig kämpft, daß der deutsche Soldat, wenn er sich in Gefangenschaft begibt, aufhört, ein Feind zu sein. Alle Maßnahmen zur Gefangennahme von Soldaten sind namentlich von Offizieren zu ergreifen.<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über die Haßpropaganda innerhalb der Roten Armee (x046/240-242): >>... Die Kriminalisierung des gegnerischen Heeres setzte unmittelbar nach Kriegsbeginn ein und wurde das eigentliche Betätigungsfeld der Hauptverwaltung für Politische Propaganda der Roten Armee (GUPPKA, bald Politische Hauptverwaltung) und der ihr nachgeordneten Instanzen. "Tod dem faschistischen Gewürm", war das Leitmotiv in der von dem Chef der Hauptverwaltung, Armeekommissar Mechlis, am 14. Juli 1941 herausgegebenen Weisung Nr. 20 an die 'Abteilungschefs für Poli-

tische Propaganda bei den Verbänden und Armeen' ...

Die deutschen Soldaten wurden den Rotarmisten demnach dargestellt als "hitlerische faschistische Lumpen", als "faschistische Barbaren", "faschistische Raubtiere", so die Parole, "Zermalmt zu Staub die feindlichen Horden", "Zerschmettert die Banden Hitlers mit dem Geschloß, erdrückt sie mit Stahl, merzt sie aus mit Feuer", "Möge das faschistische Gewürm vor Hunger verrecken."

Solche und ähnliche Aufrufe der Hauptverwaltung wurden sofort aufgegriffen und weitergegeben, wie ein am 14. Oktober 1941 vor dem Stabe einer Schützendivision gehaltener Vortrag des bereits genannten Funktionärs Musev von der Politischen Verwaltung der 22. Armee illustriert. Musev diskriminierte das deutsche Heer als eine zuchtlose Bande von Räubern, Dieben und Säufnern, dazu aufgerufen, "straflos zu plündern, die wehrlose Bevölkerung zu töten, Frauen zu vergewaltigen, Städte und Dörfer zu zerstören und zu verbrennen".

Und was die Diskriminierung des Gegners anging, so standen die Führungsstellen den politischen Organen der Roten Armee in keiner Weise nach.

Marschall der Sowjetunion Budennyj, Oberbefehlshaber der Südwestrichtung, nannte die deutschen Truppen in seinem Befehl Nr. 5 vom 16. Juli 1941 "Banden des Menschenfressers Hitler", die Soldaten bezeichnete er als "faschistische Bestien".

Für Marschall der Sowjetunion Vorosilov, Oberbefehlshaber der Nordwestrichtung, waren sie gemäß Befehl Nr. 3 vom 14. Juli 1941 nichts anderes als "viehische Faschisten", "faschistische Aasgeier", "faschistische Banditen".

Und Marschall der Sowjetunion Timogenko, der bisherige Volkskommissar der Verteidigung, Oberbefehlshaber der Westrichtung (Mitglied des Kriegsrates Bulganin), geißelte die deutschen Soldaten in einem Aufruf an die Bewohner der besetzten Gebiete vom 6. August 1941 als "Hitlerbanden", "faschistische Ungeheuer", "deutsche Räuber", zu deren Vernichtung ein jedes Mittel recht sei. "Offiziere und Soldaten in den grünen Mänteln sind keine Menschen, sondern wilde Tiere", heißt es in einem Flugblatt der Politischen Verwaltung der Nordwestfront am 25. März 1942, "vernichtet deutsche Offiziere und Soldaten, wie man tolle Hunde erschlägt."

Die unterschiedslose Verteufelung der Soldaten des gegnerischen Heeres fand eine klare Zielsetzung, als es galt, Rotarmisten davon abzuhalten, sich dem Gegner gefangenzugeben. Denn in der Roten Armee wurde die These verbreitet, Sowjetsoldaten hätten in der Kriegsgefangenschaft den sicheren Tod zu erwarten.

Hatte etwa der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, Molotow, schon nach dem Winterkrieg in seiner Rede vom 29. März 1940 vor dem Obersten Sowjet der UdSSR die angeblich "unerhörten Barbareien und Bestialitäten der Weißfinnen gegen die in Gefangenschaft geratenen Rotarmisten" angeprangert, so mußten solche Vorwürfe natürlich erst recht im Hinblick auf die deutsche Wehrmacht gelten. In diesem Sinne verkündete auch Mechlis am 14. Juli 1941, die Deutschen würden ihre Gefangenen "peinigen, foltern und viehisch töten".

Der Politischen Hauptverwaltung kam es jetzt darauf an, "unversöhnlichen Haß, die Wut gegen den Feind" anzufachen und den Truppen einen "unstillbaren Rachedurst für die Greuelthaten" anzuerziehen. Diesem Zweck diente auch eine in Leningrad 1941 herausgegebene Propagandaschrift "Faschistische Greuelthaten an Kriegsgefangenen", die in Verbindung mit einer entsprechenden Rede und Note Molotows vom 6. November 1941 über angebliche Untaten gegenüber Kriegsgefangenen praktisch die von nun an bis 1943 und darüber hinaus bis zum Kriegsende gültige Linie der sowjetischen Propaganda in dieser Frage festlegte.

Vor diesem allgemeinen Hintergrund war es denn auch nicht verwunderlich, daß schon am 3. Kriegstage, dem 24. Juni 1941, der Kriegsgefangene Pocinko aussagte, die Rotarmisten seien aufgefordert worden, "keinem deutschen Soldaten Pardon zu geben, da man auf sie auch keine Rücksicht nehme und sie martere", ihnen, wie es hieß, "Finger, Nase, Ohren, Kopf abschneide

oder den Rücken aufschneide und die Wirbelsäule herausnehme, bevor sie erschossen würden".

Einer gründlichen Befragung unterworfenen hohen Offiziere der sowjetischen 6. und 12. Armee waren diese Zusammenhänge bekannt, indem sie am 16. August bereitwillig einräumten, "daß die Ermordung von deutschen Kriegsgefangenen auf Grund der hetzerischen antideutschen Propaganda möglich sein könnte". Was schließlich war auch anderes zu erwarten, wenn den Rotarmisten ständig Greuelthaten wie diese in einem Flugblatt aus jenen Tagen vor Augen gehalten wurden: "Jeden Tag erschienen dort betrunkene Nazioffiziere, die die Verhafteten mißhandelten, ihnen die Augen austachen, die Arme zerbrachen oder abschlugen, sie zerfleischten und viele lebendig begruben"? ...<<

**Großbritannien:** Premierminister Churchill erklärt am 14. Juli 1941 in einer Rundfunkansprache (x172/400): >>... London ist so groß wie ein prähistorischer Dickhäuter, in dessen Panzer man vergebens Pfeile schießt. ...

Wo Sie (Hitler) auf den geringsten Widerstand gestoßen sind, da waren Sie am brutalsten. Sie haben doch mit der wahllosen Bombardierung angefangen – in Warschau, Rotterdam und Rußland.

Wir sind weder zu einer Feuerpause bereit noch zu einem Waffenstillstand mit Ihnen oder der Verbrecherbande, die Ihren bösen Willen vollstreckt. Sie tun das Schlimmste – und wir werden unser Bestes geben. Es ist an der Zeit, daß die Deutschen in ihren Städten einen Teil der Qualen erleiden, die sie ihren Nachbarn und der ganzen Welt zugemutet haben.

Während die großen Bomber in unseren Fabriken fertiggestellt werden oder in Schwärmen über den Atlantischen Ozean zu uns herüberkommen, werden wir Monat für Monat ohne Erbarmen weiterhin hochexplosiven Sprengstoff über Deutschland abwerfen. ...<<

#### **15.07.1941**

**USA:** Die "New York Times" berichtet am 15. Juli 1941 über Churchills Rundfunkansprache des Vortages (x172/401): >>... Hierin offenbart sich kein sadistischer Rachewunsch; vielmehr ist dies die ehrliche Überzeugung, daß die Bombardierung Berlins schneller zum Sieg und Frieden führt.<<

#### **16.07.1941**

**Ostkrieg:** Seit dem 16. Juli 1941 werden in allen sowjetischen Truppenverbänden Polit- bzw. Kriegskommissare eingesetzt.

#### **Politkommissare, Politleiter und Komsomolzen**

Zu jeder sowjetischen Kompanie gehörte seit Juli 1941 grundsätzlich mindestens ein Politleiter (Dienstgrad = Oberleutnant), der innerhalb der Roten Armee die Einflußnahme und die Verwirklichung der KPdSU-Politik gewährleistete. Die Kriegskommissare besaßen als Regierungsbeauftragte besondere Vollmachten. Sie waren häufig die eigentlichen Befehlshaber der einzelnen Truppenteile. Jeder Politkommissar verfügte in seiner Kompanie über Spitzel, so daß er sofort über alle internen Vorgänge informiert wurde.

Wesentliche Tätigkeiten der Politleiter und der Politorgane (KPdSU-Führungsorgane in den Streitkräften der Roten Armee) waren z.B. die Herausbildung von politischen und ideologischen Überzeugungen, die Aufrechterhaltung hoher Gefechtsbereitschaft und die Steigerung der Kampfkraft aller Streitkräfte sowie die Festigung der "militärischen Disziplin" und Mobilisierung von Reservisten.

Ihre Hauptaufgabe war es, die "politische Erziehung" der Soldaten zu gewährleisten und die Kommandeure bei der militärischen Führung zu unterstützen. Die Politkommissare waren meistens fanatische und zu jedem Opfer bereite Kämpfer, denn Hitlers gnadenloser "Kommissarerlaß" versperrte ihnen jeden Weg in die Gefangenschaft.

Innerhalb der Roten Armee wurden außerdem verstärkt Komsomol-Organisationen (Kampf-abteilungen des Jugendverbandes der KPdSU) eingesetzt, deren Hauptaufgabe es war, die



jungen Rotarmisten zur "aufopferungsvoller Ergebenheit", zu Mut und Heldentum zu erziehen. Die Komsomolzen (sogenannte "Stalin-Schüler") arbeiteten eng mit den kommunistischen Politarbeitern und KP-Parteioorganisationen zusammen. Sie begleiteten meistens die gefürchteten sowjetischen Nachschubeinheiten.

Zur "parteilichen Erziehung und Führung" der sowjetischen Streitkräfte schickte die KPdSU von 1941-45 insgesamt 1,6 Millionen Kommunisten und 3,5 Millionen Komsomolzen an die Ostfront. Die Reihen der sowjetischen Politorgane wurden ununterbrochen aufgefüllt. Nach sowjetischen Angaben fielen mehr als 3,0 Mio Mitglieder dieser "Politiker" an der Ostfront (x047/107).

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über die sowjetischen Kriegskommissare (x046/122-123): >>... Der Kriegskommissar war "neben dem Kommandeur" ... eindeutig auch der "militärische Führer seiner Abteilung". Er hatte nicht nur den gesamten Mannschaftsbestand, sondern auch die Kommandeure, Einheitsführer und Offiziere zu überwachen und zu bespitzeln und hierbei "mit den Stellen der Militärstaatsanwälte und Tribunale und der Besonderen Abteilungen zusammenzuarbeiten".

Die Kriegskommissare und Politischen Leiter hatten die 'bedingungslose Erfüllung' aller Kampfaufträge sicherzustellen und waren dafür verantwortlich, daß die Soldaten mit 'Tapferkeit' und 'unerschütterlicher Bereitschaft' "bis zum letzten Blutstropfen mit den Feinden unserer Heimat kämpfen".

Sie also in erster Linie waren es, die die Rotarmisten ohne Rücksicht auf Verluste in das Feuer jagten. Zugleich war der Kommissar verpflichtet, einen "rücksichtslosen Kampf mit den Feiglingen, Panikmachern und Deserteuren zu führen, indem er mit harter Hand die revolutionäre Ordnung und Kriegsdisziplin wiederherstellt".

Dies bedeutete, mit anderen Worten, jeden Soldaten, unabhängig von seinem Rang, beim Versuch des Überlaufens (oder der Gefangengebe) oder beim Sichtbarwerden von 'Angriffsmüdigkeit' "auf der Stelle zu erschießen". Ebenso bedeutete dies die 'mitleidlose' Vernichtung der "Feigen und Panikmacher, Mutlosen und Deserteure", das heißt aller, "die selbständig ohne Befehl die Stellung verlassen". ...

Ihre überragende Rolle in der Roten Armee als Aufpasser und Antreiber brachte es für die Kommissare und Politischen Leiter mit sich, daß die Masse der Soldaten in ihnen einen Gegenstand der Furcht und Abneigung erblickte. Dies galt insbesondere auch für die in ihrer Führerstellung eingeeengten und oft auch persönlich bedrohten Offiziere, die den Deutschen gegenüber mit ihrem Urteil dann jedenfalls nicht zurückhielten.

So sprach sich der Kommandeur des 49. Schützenkorps, Generalmajor Ogurcev, der das Sowjetregime im übrigen "als den größten Volksbetrug der Weltgeschichte" geißelte, am 11. August 1941 "mit größter Bitterkeit über die Zusammenarbeit mit seinem politischen Kommissar" aus, der, obwohl über "keine militärischen Kenntnisse verfügend, doch mit unbegrenzten Vollmachten ausgestattet und "in allen Fragen entscheidend" gewesen sei. ... Stets habe der Kriegskommissar mit einer Anzeige gedroht.

Ebenso berichtete der Kommandeur der 139. Schützendivision, Oberst Logionov, am 14. August 1941 von der zwischen einem Offizier und einem Kommissar bestehenden tiefen und "nur durch Angst und Terror" überbrückten Kluft.

Der Divisionskommandeur der 43. Schützendivision, Generalmajor Kirpicnikov, sah am 30. September 1941 die Kommandeure von den Kommissaren an "Händen und Füßen" gebunden und "in ihrer Schaffenskraft und ihrem operativen Denken" geradezu erstickt. "Wie das Verhältnis ist", so die 'resignierte' Antwort des Hauptmanns der Luftstreitkräfte Ogrisko am 19. September 1941, "können Sie sich wohl vorstellen.

"Wenn Sie bedenken, daß auf einen jeden militärischen Führer ein politischer Kommissar oder Kontrolleur kommt. ... In der Armee kommt auf 2 Soldaten im allgemeinen ein Dritter,

der als Mitglied des Komsomol der Partei oder des NKVD diesem Apparat dient. Im Offizierskorps ist das Verhältnis 1:1". ... Ein Armeeführer sei "auch nicht zu einem selbständigen Schritt" mehr in der Lage. "Er ist von Kommissaren, Spitzeln und seinem Kriegsrat umgeben. ... Auch die Generäle haben ihre Spitzel, die Regimentskommandeure haben sie usw." ...<<

**NS-Regime:** Hitler erläutert am 16. Juli 1941 die radikalen Maßnahmen im Krieg gegen die Sowjetunion (x106/108): >>... Wir werden also wieder betonen, daß wir gezwungen waren ein Gebiet zu besetzen, zu ordnen und zu sichern. ... Es soll also nicht erkennbar sein, daß sich damit eine endgültige Regelung anbahnt!

Alle notwendigen Maßnahmen – Erschießen, Ansiedeln etc. – tun wir trotzdem. ...

Grundsätzlich kommt es also darauf an, den riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten können. ...

Die Bildung einer militärischen Macht westlich des Ural darf nie wieder in Frage kommen und wenn wir hundert Jahre darüber Krieg führen müßten.<<

**Anti-Hitler-Koalition:** In London zitieren die "Sozialistischen Nachrichten" am 16. Juli 1941 den CSR-Politiker Ripka (x004/39): >>Es wird notwendig sein, mit allen angemessenen Mitteln, evtl. auch durch eine organisierte Anwendung des Prinzips der Umsiedlung von Bevölkerungen, Deutschland an dem Mißbrauch seiner nationalen Minoritäten für seine pangermanischen Ziele zu hindern. ...<<

**18.07.1941**

**Ostkrieg:** Ilja Ehrenburg schreibt am 18. Juli 1941 in seiner Chronik "Russia at War" (x046/-224): >>Diese Kreaturen sind keine menschlichen Wesen. Sie sind schreckliche Parasiten. Sie sind schädliches Ungeziefer.<<

**Anti-Hitler-Koalition:** Stalin fordert am 18. Juli 1941 erstmalig die Aufstellung einer alliierten Westfront, um die Rote Armee zu entlasten (x040/86).

**27.07.1941**

**NS-Regime:** Am 27. Juli 1941 unterschreibt Generalfeldmarschall Keitel (auf Weisung Hitlers) einen Befehl, der Reichsführer SS Himmler die Vollmacht gibt, völlig unabhängig von der deutschen Wehrmacht, in eigener Verantwortung zu handeln (x030/198).

Mit dieser verhängnisvollen Weisung erhält Himmler den "Freibrief" für die geplanten "Säuberungsaktionen" in den osteuropäischen Besatzungsgebieten. Himmlers Einsatzgruppen können danach noch ungestört schalten und walten.

**SS- und SD-Einsatzgruppen: "Einsatz hinter der Front"**

Fast sämtliche SS- und SD-Sondereinsatzkommandos wurden von ausgestoßenen Offizieren der deutschen Wehrmacht oder der Waffen-SS geführt. Bei den Degradierten handelte es sich vielfach um zum Tod verurteilte und später begnadigte Soldaten. Diese ehemaligen deutschen Offiziere trugen grundsätzlich keine Dienstgradabzeichen der deutschen Wehrmacht oder der Waffen-SS.

Die Angehörigen der SS- und SD-Einheiten waren größtenteils zwielichtige Gestalten (zunächst Wilddiebe und ähnliche Straftäter). Die deutschen und ausländischen SD-Sondereinheiten erkannte man sofort an den buntscheckigen Kampfanzügen und besonderen Kragenspiegeln (Karabiner mit Handgranate).

Die SS- und SD-Sondereinsatzgruppen entwickelten sich schnell zum Sammelbecken für den Abschaum des deutschen Volkes. Drückeberger und Feiglinge, die um jeden Preis den Kampfeinsatz in den vorderen Frontlinien vermeiden wollten, fanatische Nazis, grausame Sadisten, krankhafte Triebtäter, habgierige Plünderer und unehrenhaft entlassene Wehrmachtangehörige sowie sonstige Verbrecher konnten sich damals in diesen Sondereinsatzgruppen vollkommen ungestört und zügellos in den eroberten Gebieten hinter der deutschen Kampffront austoben.

Zur Bekämpfung der "reichsfeindlichen Elemente" Osteuropas setzte Himmler später auch

verstärkt ausländische "Einsatzkommandos" aus dem Baltikum, der Ukraine und anderen sowjetischen Republiken ein. Die russische Sturmbrigade "RONA" (Russische Nationale Befreiungsarmee), unter Führung von Brigadeführer Kaminski, war besonders gefürchtet (x043/-425).

Nach Beendigung der Kämpfe und dem schnellen Vormarsch der deutschen Wehrmachtstruppen rückten sofort die berüchtigten Einsatzkommandos der SS, Sicherheitspolizei (SIPO) und des Sicherheitsdienstes (SD) in die eroberten ostpolnischen und sowjetischen Gebiete ein. Diese "Einsatzkommandos" sollten zwar offiziell die feindlichen Partisanen hinter der deutschen Kampffront bekämpfen, aber ihre eigentliche Sonderaufgabe war es, daß Ostjudentum vollständig auszurotten.

Für den Einsatz dieser Todesschwadronen war Himmler, Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei, dem alle Einsatzgruppen des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) unterstanden, persönlich verantwortlich. Keitels Vollmacht, die Hitler anordnet hatte, garantierte den deutschen Sondereinheiten absolute Bewegungsfreiheit und Straffreiheit für alle Vergehen, die gegen sogenannte "Träger des jüdisch-bolschewistischen Systems" begangen wurden.

Da die SS- und SD-Einsatzgruppen auch mit äußerster Brutalität gegen die Partisanen vorgingen und bei ihren Einsätzen grundsätzlich keine Gefangenen machten, setzten sich die Partisaneneinheiten überall verzweifelt zur Wehr. Die SS- und SD-Sondereinheiten verzeichneten während der mörderischen "Strafexpeditionen" gewöhnlich hohe Verluste.

Infolge dieser hohen Ausfälle durchsuchte man dauernd die deutschen Zuchthäuser, Konzentrations- und Militärstraflager nach "geeigneten Kräften", um die Verluste der SD-Einheiten auszugleichen. Im Rahmen dieser angeblichen "Bandenbekämpfung" ließ Himmler praktisch jeden Straftäter einsetzen (Mörder, Berufsverbrecher, Zuhälter und sonstige "asoziale Elemente").

Die SS- und SD-Terroreinheiten unterstanden keinem Kriegsrecht, alles war erlaubt. Überall, wo diese zügellosen Marodeure auftauchten, verbreiteten sie in Windeseile tödliche Furcht und Schrecken unter der osteuropäischen Bevölkerung. Mord und Totschlag, Vergewaltigungen, Plünderungen und Brandstiftungen waren an der Tagesordnung. In der Sowjetunion waren die SS-Strafexpeditionen gegen die Partisanen nebensächlich, denn in erster Linie sollte das osteuropäische Judentum vernichtet werden.

Die deutschen Todeskommandos und ausländischen "Sturmbrigaden" ließen regelmäßig entsetzliche Spuren des Todes und der Verwüstung zurück. Im Verlauf der unvorstellbaren Menschenjagden und Mordorgien zerrten die SS- und SD-Erschießungskommandos willkürlich Tausende von ahnungslosen jüdischen Zivilisten aus ihren Wohnungen und metzelten sie anschließend nieder. Angebliche Partisanen und völlig unbeteiligte Zivilisten (Frauen, Kinder und alte Menschen) mußten sich vor langen Panzergräben aufstellen und wurden danach gnadenlos mit Maschinengewehren niedergemäht.

Im Raum von Riga und Minsk verfügten einige Todesbrigaden bereits ab 1941/42 über "fahrbare Gaskammern" (umgebaute Lastkraftwagen), um die ahnungslosen, vielfach arbeitsuntauglichen Menschen schon während der Fahrt nach den Massengräbern heimtückisch zu vergasen.

In der Sowjetunion setzten die SS-Totenkopf-Brigaden insgesamt 18.048 Mann ein (x036/-171). Die SD-Sondereinheiten "operierten" durchschnittlich mit 5.000-10.000 Mann. Sie wurden von Ende 1940 bis 1944 in Ost-Mitteleuropa (Polen, der UdSSR, Jugoslawien, Ungarn und in der Slowakei) eingesetzt.

Das Todeskommando der SS-Sondereinsatzgruppe B (Einsatzleitung: SS-Gruppenführer Arthur Nebe, läßt sich später vorzeitig ablösen) liquidierte von Juni bis November 1941 im Gebiet von Minsk 45.467 Personen (x030/251). Nebe (1894 in Berlin geboren) wurde wegen Beteiligung am Hitler-Attentat zum Tod verurteilt und am 21.03.1945 in Berlin hingerichtet.

Die SD-Sondereinsatzgruppe C (Einsatzleitung: SS-Standartenführer Paul Blobel) ermordete im Raum von Kiew mindestens 60.000 Juden (x051/77). Blobel (1894 in Potsdam geboren) wurde am 10.04.1948 zum Tod verurteilt und am 7.06.1951 gehängt.

Von Juni 1941 bis Juni 1942 ermordete die SD-Einsatzgruppe D (Einsatzgruppenkommandeur: SS-Gruppenführer Otto Ohlendorf) in der Süd-Ukraine rd. 90.000 Menschen, überwiegend osteuropäische Juden (x030/258). Ohlendorf (1907 in Hoheneggelsen/Landkreis Hildesheim geboren) wurde am 8. Juni 1951 in Landsberg gehängt.

Bis Ende 1941 brachten die SS- und SD-Einsatzgruppen etwa 0,5-1,0 Millionen sowjetische Juden und angebliche sowjetische Partisanen hinter der deutschen Ostfront um (x041/112, x036/43).

Im Rahmen der "Vernichtungsaktion Reinhard" (benannt nach Reinhard Heydrich, der am 4.06.1942 an den Folgen eines Attentats starb) wurden vom 22. Juni 1942 bis September 1942 mehr als 500.000 polnische Juden ermordet (x043/249). Die meisten Menschen fielen Massenerschießungen durch baltische und ukrainische Todesbrigaden zum Opfer. Die "Aktion Reinhard" leitete SS-Gruppenführer Odilo Globocnik (1904-45).

Als 1941/42 führende Wehrmachtbefehlshaber energisch gegen die SS- und SD-Massensmordaktionen protestierten, ordnete Himmler, wegen der besseren Geheimhaltung, die Massentötung in speziellen Vernichtungslagern an.

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über die Erteilung der Vernichtungsbefehle an die SD-Einsatzgruppen (x036/117-118): >>... Bemerkenswert ist nach allem, daß der allgemeine Vernichtungsbefehl an die Einsatzgruppen nicht – wie bisher angenommen – als in sich geschlossene Weisung an einem bestimmten Ort, zu einer bestimmten Zeit ergangen ist; es sind vielmehr mehrere Einzelweisungen erlassen worden, die zusammengefaßt, schließlich das ergaben, was wir im Sprachgebrauch heute unter dem "Führerbefehl" verstehen:

Am Anfang stand die am 17. Juni 1941 in Berlin von Heydrich verkündete Weisung zur Anstiftung von Pogromen. Vermutlich gleichzeitig oder einige Tage später folgte der Auftrag, alle Juden in Partei- und Staatsstellen sowie sonstige "radikale Elemente" zu liquidieren. Im Rahmen dieses Auftrages begann man jüdische Männer – insbesondere im wehrfähigen Alter – "zur Vergeltung" und aus anderen nicht stichhaltigen Gründen zu exekutieren.

Das Ende der Entwicklung war schließlich der Befehl, auch Frauen und Kinder jüdischer Abstammung der physischen Vernichtung zuzuführen. ...

Obwohl feststeht, daß der Befehl zur Vernichtung aller Juden im Baltikum und den besetzten Teilen der UdSSR den Einsatzgruppen erst Wochen nach Eintritt des Falles "Barbarossa" erteilt wurde, ist nach den vorliegenden – wenn auch spärlichen – Erkenntnissen davon auszugehen, daß die sogenannte Endlösung der Judenfrage – die allgemeine Vernichtung der Juden – bereits bei Einfall der Wehrmacht in die Sowjetunion beschlossene Sache war.

Zur Durchführung dieses Vorhabens war der Einsatz der Einheiten des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD von Anfang an vorgesehen, ohne daß es in irgendeiner Weise erkennbar offen gelegt worden wäre. Die Einsatzgruppen nahmen ihre Tätigkeit in allgemeiner Unkenntnis der Tatsache auf, daß sie als Vorreiter für die "Endlösung" auftraten.

Stufenweise führte man sie im Rahmen ihres (Teil-)Auftrages "Bekämpfung reichsfeindlicher Elemente" an die geplante Ausrottung heran nach dem Schema, das Heydrich bereits unmittelbar nach dem Ende des Polen-Feldzuges für die "Lösung der Judenfrage" nach damaligen Vorstellungen - Deportation der Juden aus Deutschland und den einverleibten Gebieten in einen auf polnischem Gebiet zu gründenden Gau mit fremdsprachiger Bevölkerung (späteres Generalgouvernement) – vorgesehen hatte:

Mit Schnellbrief vom 20. September 1939 an die Chefs der in Polen eingesetzten Einsatzgruppen erläuterte er damals, es sei zu unterscheiden zwischen dem Endziel, das längere Fri-

sten beanspruche, und den Abschnitten der Erfüllung des Endzieles, welche kurzfristig durchzuführen seien, wobei er als ersten Abschnitt für das Endziel die Konzentrierung der Juden in den Städten ("aus Sicherheitsgründen") nannte.

Unter Berücksichtigung dieses Schemas sind die Auslösung der Pogrome und die Exekution jüdischer Männer zur Vergeltung und aus (vorgeschobenen) ähnlichen Gründen als erste Abschnitte auf dem Weg zum Endziel zu werten, wobei diese Maßnahmen als propagandistische Vorbereitungshandlungen mit dem Zweck anzusehen sind, die Gefährlichkeit des "jüdisch-bolschewistischen Gegners" aufzuzeigen, die dessen Vernichtung zur Sicherheit des Deutschen Reiches und zum Erhalt des deutschen Volkes – wie überhaupt der arischen Rasse – rechtfertigt.

Der nächste Abschnitt – die Einbeziehung von Frauen und Kindern in die Vernichtungsaktionen - war zwar noch nicht das Endziel, jedoch bereits ein Zwischenziel, nämlich die Vernichtung der Juden im Baltikum und in den besetzten Teilen der UdSSR im Rahmen der "Endlösung der Judenfrage".<<

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über die Einsatzgruppen sowie die mobilen Einheiten des Chefs der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes, die nicht der deutschen Wehrmacht unterstanden (x051/142-143): >>... Am bekanntesten ist der Einsatz der Einsatzgruppen im Rußlandfeldzug. Dafür wurden 4 Einsatzgruppen mit der Bezeichnung A, B, C, und D aufgestellt, die den Heeresgruppen Nord, Mitte, Süd und der 11. Armee zugeteilt waren; den Einsatzgruppen unterstanden jeweils 4-5 Sonder- (SK) bzw. Einsatzkommandos (EK) etwa in Kompaniestärke, die sich aus Angehörigen der Sicherheitspolizei und des SD zusammensetzten.

Später kamen noch Angehörige der Polizei-Reserve-Bataillone 9 bzw. 3 und des Bataillons der Waffen-SS V hinzu, die zugewise auf die Kommandos verteilt wurden.

Die Einheiten wurden durch Hilfswillige und einheimische Miliz verstärkt. Zu den sicherheitspolizeilichen Aufgaben gehörte die Bekämpfung "reichsfeindlicher Elemente", namentlich gemäß "Führerbefehl" die Vernichtung der Juden als Träger des bolschewistischen Systems. Auf Befehl von Heydrich lösten die Einsatzgruppen in den ersten Tagen des Feldzuges durchweg nur Pogrome aus, denen Exekutionen wehrfähiger Männer jüdischen Glaubens aus vorgeschobenen Gründen – wie z.B. Unterstützung von Partisanen, Brandlegung - folgten. ungefähr seit August 1941 wurden alle Juden - auch die Frauen und Kinder erschossen.

Die Vernichtungsaktionen liefen im allgemeinen so ab: Vor der jeweiligen Aktion nahmen die Chefs der Einsatzgruppen oder die Kommandeure der ihnen unterstellten Einsatz- und Sonderkommandos in der Regel mit den für die entsprechenden Ortschaften oder Gebiete zuständigen Wehrmachtseinheiten bzw. –Dienststellen Verbindung auf und setzten sie von ihrem Vorhaben in Kenntnis. Soweit erforderlich, wurden gleichzeitig Hilfsmaßnahmen, wie Absperrung des Exekutionsgeländes und Stellung von LKW für den Transport der Opfer zur Exekution, vereinbart.

Mit Hilfe von Dolmetschern, oft auch durch Hinweise der einheimischen Bevölkerung, wurden die Juden ermittelt und zu Sammelplätzen gebracht. Von diesen trieb oder fuhr man sie zu den Exekutionsorten, wo durch Kriegsgefangene bereits Gruben zur Aufnahme der Leichen ausgehoben worden waren, oder die Opfer wurden gezwungen, die Gruben selbst auszuheben. Die Juden mußten sodann ihre Wertgegenstände abgeben und sich entkleiden.

Während am Anfang die Exekution auf "militärische Weise" erfolgte, kam man bei zunehmender Zahl der zu Exekutierenden von dieser Art ab. Die Opfer zwang man, sich nebeneinander in die Grube mit dem Gesicht zur Erde oder, wenn eine Reihe voll war, mit dem Kopf zwischen die Füße der bereits Erschossenen zu legen, wobei es vorkam, daß die Grube zugeschüttet wurde, obwohl nicht alle Opfer tot waren.

Von der Jahreswende 1941/42 wurden zur Tötung der Juden "S(pezial)-Wagen! (Gaswagen)

eingesetzt, um die Massenvernichtungen zu beschleunigen.

Das Ausmaß der Vernichtungsaktionen ergibt sich aus den erhalten gebliebenen sogenannten Ereignismeldungen, später Meldungen aus den besetzten Ostgebieten, in denen die Berichte der Einsatzgruppen an das RSHA zusammengefaßt waren.

Hiernach hat z.B. das SK 4 a der Einsatzgruppe C unter dem SS-Standartenführer Blobel am 29. und 30.9.41 in der Babi-Yar-Schlucht bei Kiew 33.771 jüdische Männer, Frauen und Kinder und Anfang 42 wenigstens 10.000 Juden in Charkow erschossen.

Die Gesamtzahl der Opfer dürfte sich auf mindestens 900.000 Menschen belaufen. Gegen die ehemaligen Angehörigen der Einsatzgruppen wurden nach dem Krieg zahlreiche Verfahren geführt. ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über die Massenverbrechen der SS- und SD-Einsatzgruppen in der Sowjetunion (x046/200): >>... Die sowjetische Kriegspropaganda, die die Deutschen und deren Verbündete von Kriegsbeginn an der Begehung unerhörter Greuelthaten bezichtigte, geriet anfangs doch in eine gewisse Verlegenheit, als es darauf ankam, nun wirklich zugkräftige Beispiele aufzuzeigen.

Zwar scheint das Wüten der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD gegen die jüdische Bevölkerung, wenngleich nicht in seiner Systematik, sondern mehr in seinen Umrissen, bekannt geworden zu sein. Und Ehrenburg selbst zitierte schon am 18. Dezember 1941 einen erbeuteten deutschen Heeresbefehl, der insofern aufschlußreich ist, als es den Soldaten in ihm untersagt wurde, den als 'unumgänglich' apostrophierten Maßnahmen der Einsatzgruppen auch nur als Zeugen beizuwohnen.

Widerwillig und vielleicht unbeabsichtigt sah selbst Ehrenburg sich also gezwungen einzuräumen, daß das Niedermähen "Tausender von Bürgern" mit Maschinengewehren nicht von der Wehrmacht, sondern von den Einsatzgruppen ausging und zu verantworten war. "Es ist ein Sieg der Gestapo über die deutschen Generale", so urteilte er, "Himmler erhielt das Monopol der Galgen, und die Gestapomänner erhielten das Privileg, Dörfer zu verbrennen, Frauen mit Maschinengewehren zu erschießen und russische Kinder zu ermorden."

Insgesamt blieben die Bezeichnungen jedoch vage, und selbst Ehrenburg wußte in den Anfangsjahren wirklich stichhaltige Vorfälle nicht anzuführen. Die Sowjetunion sah sich, was die Greuelthaten angeht, in der ersten Kriegshälfte propagandistisch tatsächlich in die Defensive gedrängt. ...<<

Der deutsche Historiker Harald Steffahn schreibt später über Heinrich Himmler in den Jahren 1939-1945 (x051/256): >>(Himmler, Heinrich) ... Mit Kriegsbeginn dehnte Himmler seinen tiefgestaffelten Herrschaftsapparat auf die besetzten Gebiete aus und erfaßte dabei mit besonderer Intensität den Osten. Erst jetzt zeigte sich Himmler im vollen Licht seiner Doppelnatur, die der Hitlers glich: Programmatiker und Vollstrecker in einer Person.

Einerseits dachte er Hitlers Gedanken "von sich aus zu Ende, besaß aber auch ... die Macht, sie in die Wirklichkeit umzusetzen: Das bestimmt seinen Rang und seinen Standort in der Hierarchie des Dritten Reiches" (Fest). Ideologisch zutiefst durchdrungen, übte er Macht nicht um ihrer selbst willen aus, sondern glaubte, eine Mission zu erfüllen, und glich auch darin Hitler. Der Kampf im Osten war für beide der Weltanschauungskampf gegen slawische und jüdische "Untermenschen".

Dieses Sendungsbewußtsein erklärt, daß Himmler ohne inneren Zwiespalt sowohl sittliche Ideale predigen und zugleich Millionen Menschen vernichten lassen konnte (Einsatzgruppen, Endlösung). Er versuchte, seine SS-Männer in vielen (geheimen) Reden gegen alle Skrupel des Tötens zu härten, und unterschrieb ohne Hemmung Todesurteile, wenn seine Leute sich an jüdischem Eigentum bereicherten.

So war "König Heinrich", wie die Anhänger ihn nannten (die Spötter sagten "Reichsheini"), der Tugendwächter der SS und zugleich der größte Organisator des Massentötens, den die

Weltgeschichte kennt. Das Ineinander von Ausrottungspolitik und rechtlichem Denken verdichtete sich in dem beispiellosen Satz (Oktober 43 in Posen): "Wenn die Ausrottung nicht scheußlich und so furchtbar für uns wäre, dann wären wir ja keine deutschen Menschen."

In der Ämterhäufung ähnelte Himmler fast Göring. Nachdem er 1939 zusätzlich Reichskommissar für die "Festigung des deutschen Volkstums" geworden war, kam 1943 das Innenministerium dazu, nach dem 20.7.44 der Befehl über das Ersatzheer: So konzentrierte sich seine Energie, als der Großraum Osten schon wieder verloren war, erneut auf das innere Reich, hierbei besonders auf die Verfolgung der Verschwörer nach dem Zwanzigsten Juli 44 und auf die Mobilisierung letzter Kampfesreserven, auch des Volkssturms.

1945 versagte der kriegsunerfahrene SS- und Polizeichef, als er nacheinander zwei Heeresgruppen führte. Geheime Waffenstillstandsbemühungen gegenüber dem Westen kamen Hitler zu Ohren, der seinen bisher unbedingt ergebenen Gefolgsmann im politischen Testament aller Ämter entthront und aus der Partei ausstieß.

Himmler schlug sich nach Flensburg durch, wo ihn die Regierung Dönitz aber als Belastung abwies. Beim Versuch, verkleidet durch die britischen Linien zu entkommen, wurde Himmler festgenommen und beging Selbstmord.<<

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über Odilo Globocnik (x051/218): >>Globocnik, Odilo, geboren in Triest 21.4.1904, gestorben bei Weißensee (Kärnten) 21.5.1945, SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei (9.1.42); Baumeister, bereits Jahre vor dem Anschluß Österreichs in seiner Heimat führend für die NSDAP tätig (Eintritt 1.3.31).

Globocnik wurde viermal wegen illegaler Tätigkeit für die Partei von österreichischen Gerichten zu Gefängnisstrafen zwischen vier Wochen und sechs Monaten verurteilt und war 1936/37 wegen Hochverrats zur Festnahme ausgeschrieben.

Nach dem Anschluß wurde er zunächst Staatssekretär und für kurze Zeit Gauleiter von Wien. Am Polenfeldzug nahm er als SS-Unterscharführer der Verfügungstruppe teil; bei der Allgemeinen SS (Eintritt 1.9.34) war er bereits Standartenführer. Danach wurde er zum SS- und Polizeiführer im Distrikt Lublin ernannt und zum SS-Brigadeführer und Generalmajor befördert.

Am 17.7.41 beauftragte ihn Himmler mit der Planung und Errichtung von SS- und Polizei-Stützpunkten im Ostraum. Als Arbeitskräfte verwendete er insbesondere Juden. Im Mai 42 wurde ihm die Durchführung der "Aktion Reinhard" übertragen. Nach Auseinandersetzungen mit Partei- und SS-Führern ernannte ihn Himmler, der ihn mit "Globus" anredete, im August 43 zum Höheren SS- und Polizeiführer in der "Operationszone Adriatisches Küstenland" in Triest.

Als Globocnik nach Kriegsende von alliierten Truppen festgenommen wurde, beging er Selbstmord.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Paul Blobel (x051/77): >>Blobel, Paul, geboren in Potsdam 13.8.1894, gestorben in Landsberg (Lech) 7.6.1951 (hingerichtet), SS-Standartenführer; zunächst freier Architekt, nach beruflichen Rückschlägen 1935 zum SD, schon vorher SA-, SS- und NSDAP-Beitritt (jeweils 1.12.31).

Beim SD war Blobel überwiegend im SD-Oberabschnitt West tätig. Bei Beginn des Rußlandfeldzuges wurde er Kommandeur des Sonderkommandos (SK) 4 a der Einsatzgruppe C. Mit dem SK 4 a führte er im Operationsraum der 6. Armee Massenerschießungen durch, denen mindestens 60.000 überwiegend jüdische Menschen zum Opfer fielen, u.a. die Juden Kiew (Babi-Yar). Im Januar 42 wurde er abgelöst und mit der Enterdungsaktion beauftragt.

Nach dem Krieg stellten die Amerikaner Blobel in Nürnberg vor ein Militärgericht (Ohlendorf-Prozeß). Am 10.4.48 wurde er wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und als Mitglied einer verbrecherischen Organisation zum Tod durch den

Strang verurteilt.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Otto Ohlendorf (x051/427):  
>>Ohlendorf, Otto, geboren in Hoheneggelsen bei Hildesheim 4.2.1907, gestorben in Landsberg am Lech 7.6.1951, SS-Gruppenführer (November 44); Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, 1925 NSDAP-, 1926 SS-Beitritt, Oktober 33 zum Weltwirtschaftsinstitut in Kiel.

1936 Berater des SD und 1939-45 dessen Leiter im Amt III des RSHA. Der bei Himmler nicht sonderlich beliebte Ohlendorf rückte im Juni 41 als Chef der Einsatzgruppe D in Rußland ein und leitete bis zum Juni 42 die Ermordung von rund 90.000 Zivilpersonen, meist Juden.

Im Nürnberger Prozeß legte er Wert auf die Tatsache, daß er immer strikt darauf geachtet habe, daß keine "unnötige Erregung" bei den Opfern erzeugt und daß auch die psychische Belastung der Täter durch Salvenexekution möglichst gemindert worden sei. Damit die meist verheirateten Mitglieder der Pelotons nicht auf Frauen und Kinder schießen mußten, habe man diese später nur noch in Gaswagen getötet.

Die Vernichtung der Juden bezeichnete er als historisch notwendig und verglich sie mit den amerikanischen Atombombenabwürfen. Ohlendorf wurde am 10.4.48 zum Tod verurteilt, mußte aber noch fast drei Jahre auf die Hinrichtung warten.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Oskar Dirlewanger (x051/129):  
>>Dirlewanger, Oskar, geboren in Würzburg 26.9.1895, gestorben in Altshausen (Oberschwaben) 19.6.1945, SS-Oberführer (1943); Teilnahme am 1. Weltkrieg als Leutnant; 1922 Promotion (Staatswissenschaft), 1923 NSDAP-Eintritt; 1932 Führer des SA-Sturmbanns Eßlingen; 1934 wegen Verführung einer Abhängigen zu zwei Jahren Haft verurteilt; 1937 zur Legion Condor, 1939 als Obersturmführer zur Waffen-SS.

1940 entwickelte Dirlewanger die Idee, eine Scharfschützeneinheit aus verurteilten Wilddieben aufzustellen, deren "Schießkünste nicht brachliegen" dürften. Am 1.9.40 stand ein erstes SS-Sonderbataillon Dirlewanger. Immer wieder aufgefüllt mit Berufsverbrechern und Desperados, entwickelte sich die spätere SS-Sturmbrigade Dirlewanger zu einer beispiellosen Mordbrennertruppe; Sowjetmarschall Schukow setzte ein Kopfgeld auf Dirlewanger aus. Selbst in der SS regte sich Abscheu insbesondere über die Exzesse der Dirlewanger-Einheiten bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes.

Dirlewangers Leute gerieten am 29.5.45 in sowjetische Gefangenschaft, er selbst hatte sich nach Westen abgesetzt. Dort soll er an Mißhandlungen in französischer Haft gestorben sein. Gerüchten, er lebe noch, machte im November 60 die Exhumierung seiner Leiche ein Ende.<<

**28.07.1941**

**Großbritannien:** Der britische Premierminister Winston Churchill schreibt am 28. Juli 1941 in einem Brief an Josef Stalin (x172/413): >>... Deutschland wird einen schrecklichen Bombenwinter erleben. ... Was denen blüht, dürfte alles bisher Dagewesene übersteigen.<<

**29.07.1941**

**Ostkrieg:** Ein deutscher Oberarzt der Wehrmacht berichtet am 29. Juli 1941 (x029/421): >>... Mein Regiment befand sich damals im Angriff auf einen Ort namens Kaaro mitten in einem großen Waldgebiet; auf einer Lichtung wurde dann eine Gruppe getöteter Soldaten aufgefunden – meiner Erinnerung nach waren es 11 Leichen, darunter ein Unteroffizier – die einer anderen Division angehörten. ...

Die Lage und die Art der Verletzungen der Leichen sprach jedoch eindeutig dagegen, daß sie im Kampf gefallen waren.<<

**30.07.1941**

**Ostkrieg:** Das XXIII. deutsche Armeekorps berichtet am 30. Juli 1941 in einem Sammelbericht über die Vernehmung von sowjetischen Kriegsgefangenen (x046/115): >>Die Offiziere stehen unter der Drohung, daß alle ihre Angehörigen von der G.P.U. erschossen werden, wenn



sie sich gefangengeben. ...<<

**Anti-Hitler-Koalition:** In Moskau verhandelt Stalin am 30. Juli 1941 mit dem US-Sonderbeauftragten Hopkins über Kriegsmateriallieferungen für die Sowjetunion.

Schon 7 Tage später treffen die ersten US-Panzer, Geschütze und anderes Kriegsmaterial in der UdSSR ein.

Im Juli 1941 erhält die UdSSR bereits Hilfsgüter im Wert von 6,5 Millionen US-Dollar (x106/113).

In einem sowjetisch-polnischen Abkommen vom 30. Juli 1941 erklärt die Sowjetunion in London die deutsch-sowjetischen Verträge von 1939 für hinfällig, lehnt die Anerkennung der sowjetisch-polnischen Grenzen von 1921 jedoch ab (x039/226).

**31.07.1941**

**NS-Regime:** Am 31. Juli 1941 beauftragt Reichsmarschall Göring den berüchtigten SS-Gruppenführer Heydrich, alle erforderlichen Vorbereitungen für die "Endlösung" einzuleiten (physische Vernichtung sämtlicher Juden im deutschen Einflußbereich in West- und Ostmitteleuropa).

**03.08.1941**

**Deutsches Reich:** Bischof Clemens August Graf von Galen protestiert am 3. August 1941 in Münster während der Sonntagspredigt gegen das NS-Euthanasieprogramm "Vernichtung unwerten Lebens" (x106/120): >>... Seit einigen Monaten hören wir Berichte, daß aus Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke auf Anordnung von Berlin Pfleglinge, die schon länger krank sind und vielleicht unheilbar krank erscheinen, zwangsweise abgeführt werden.

Regelmäßig erhalten dann die Angehörigen nach kurzer Zeit die Mitteilung, die Leiche sei verbrannt, die Asche könne abgeliefert werden.

Allgemein herrscht der an Sicherheit grenzende Verdacht, daß diese zahlreichen unerwarteten Todesfälle von Geisteskranken nicht von selbst eintreten, sondern absichtlich herbeigeführt werden, daß man dabei jener Lehre folgt, die behauptet, man dürfe sogenanntes "lebensunwertes Leben" vernichten, also unschuldige Menschen töten, wenn man meint, ihr Leben sei für Volk und Staat nichts mehr wert.

Eine furchtbare Lehre, die die Ermordung Unschuldiger rechtfertigen will, die die gewaltsame Tötung nicht mehr arbeitsfähiger Invaliden, Krüppel, unheilbar Kranker, Altersschwacher grundsätzlich freigibt. ...

Wenn man den Grundsatz aufstellt und anwendet, daß man den "unproduktiven" Mitmenschen töten darf, dann wehe uns allen, wenn wir alt und altersschwach werden.<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11 - 2005 über die Rede des Bischofs von Münster, Clemens August Graf von Galen, vom 3. August 1941 (x853/...): >>... Seine nachmalig bekannteste Predigt hielt Graf Galen am 3. August 1941 in seiner ehemaligen Pfarrkirche St. Lambert in Münster. Sie enthielt seinen öffentlichen Protest gegen die von den nationalsozialistischen Gewalthabern an unheilbar Kranken verübten "Euthanasie-Morde".

Er bezog sich dabei auf die ihm zuverlässig berichteten Fälle und prangerte sie als klare Verstöße gegen Gottesgebot und Menschenrecht an. Entsprechend zitierte er aus den Zehn Geboten "Du sollst nicht morden" und erinnerte auch an den einschlägigen Paragraphen im deutschen Strafgesetzbuch.

Bischof von Galen beließ es aber nicht bei der bloßen öffentlichen Klage, sondern ging als "deutscher Mann" und "Reichsbürger" noch einen Schritt weiter und stellte bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige gegen die zu ermittelnden Verantwortlichen.

Eine Vorgehensweise, die in ihrer "Fortitudo" (Tapferkeit) die NS-Führer so überraschte, daß sie sie trotz aufgekommener Rachsucht mit der zeitweiligen Einstellung der Tötungsaktionen quittierten. Dazu kam, daß man in Berlin vom großen Rückhalt Bischof Galens in

der Bevölkerung wußte und auch schon seinen respektvollen Beinamen "Der Löwe von Münster" kannte. Propagandaminister Goebbels wird das grimmige Eingeständnis zugeschrieben "Wenn wir gegen diesen Mann vorgehen, können wir ganz Westfalen abschreiben".

Die Bischof Clemens August zgedachte "Vergeltung" sollte erst nach dem "Endsieg" erfolgen. Und den wähnte man in Berlin zu diesem Zeitpunkt in gar nicht mehr so weiter Ferne. Schließlich fühlte man sich nach den siegreichen Blitzkriegen in West- und Südosteuropa auf dem Höhepunkt der Macht, zumal in jenen Tagen auch von der gerade eröffneten Ostfront laufend neue "Sondermeldungen" über militärische Erfolge eintrafen.

Da war Graf Galens öffentlicher Protest gegen den "inneren Feind", wie er die für Kirchenverfolgung und Euthanasie verantwortlichen NS-Organen im Reich nannte, ein eindrucksvolles Zeugnis für seinen bischöflichen Wahlspruch "Nec laudibus nec timore" (Weder von Lobsprüchen noch von Furcht sich leiten zu lassen).

Das empfanden auch die Zeitgenossen des Bischofs so und verbreiteten die Texte seiner Predigten zu Tausenden unter dem Volk. Exemplare davon erreichten auch den Vatikan, wo US-Präsident Roosevelts persönlicher Botschafter beim Papst, Myron C. Taylor, Übersetzungen für seinen Staatschef anfertigen ließ und ihm in das Weiße Haus nach Washington schickte. So wurde der "Löwe von Münster" auch dem mächtigsten Mann der nachmaligen Sieger ein Begriff. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Clemens August Graf von Galen (x051/201-202): >>Galen, Clemens August Graf von, geboren in Dinklage 16.3.1878, gestorben in Münster 22.3.1946, deutscher katholischer Theologe; Schulzeit bei Jesuiten, 1904 Priesterweihe, 1906-29 als Kaplan und Pfarrer in Berlin-Schöneberg (St. Matthias), 1929 nach Münster (St. Lamberti) versetzt und im September 33 zum dortigen Bischof ernannt.

Als einer der ersten leistete Galen vor Vertretern des nationalsozialistischen Staates einen "Treueid", der ihm mit Hoffnung auf die mäßigende Wirkung des Konkordats und als ohnehin national gesinntem Konservativen nicht schwerfiel.

Als einer der ersten Kirchenfürsten aber auch warnte er schon Anfang 34 vor dem nationalsozialistischen Rassismus und bekämpfte mit den "Studien zum Mythos des 20. Jahrhunderts" (1934) Rosenbergs Neuheidentum.

Nach seinem Wahlspruch "Nec laudibus nec timore" (sinngemäß: "Nicht zu ködern und nicht einzuschüchtern") wandte sich Galen gegen "einen Gehorsam, der die Seelen knechtet" (6.9.36) und sorgte für die Verbreitung der Enzyklika "Mit brennender Sorge" (14.3.37).

Seinen Ruf als "Löwe von Münster" aber erwarb sich Galen durch unerschrockenen und erfolgreichen Protest gegen die Euthanasie in drei Predigten vom Sommer 41 (13.7., 20.7. und 3.8.), die der SD als "wohl bisher stärksten Angriff gegen die Staatsführung" bezeichnete. Verhaftung und Todesurteil entging der populäre Galen nur wegen Hitlers Sorge um die Kampfmoral der katholischen Soldaten.

Nach dem Krieg zum Kardinal (Weihnachten 45) ernannt, zeigte sich Galen ebenso unerschrocken der britischen Besatzungsmacht gegenüber, die er zu Milde und Gerechtigkeit mahnte.<<

#### **05.08.1941**

**Ostkrieg:** In der Kesselschlacht von Smolensk vom 10.07.-5.08.1941 zerschlägt die deutsche Heeresgruppe Mitte mehrere sowjetische Armeen. Etwa 310.000 Rotarmisten geraten in deutsche Kriegsgefangenschaft und 3.205 sowjetische Panzer sowie 3.120 Geschütze werden erbeutet oder vernichtet (x040/89).

#### **06.08.1941**

**Ostkrieg:** Marschall Semjon K. Timoschenko (1895-1970, Oberbefehlshaber der sowjetischen Westfront) ruft am 6. August 1941 alle Einwohner "der vom Feinde besetzten Gebiete" zum Partisanenkrieg gegen die Deutschen auf (x046/129): >>... Überfällt und vernichtet die

deutschen rückwärtigen Verbindungen, Transporte und Kolonnen, verbrennt und zerstört die Brücken, zerreißt die Telegraphen- und Telephonleitungen, zündet Häuser und Wälder an. Schlagt den Feind, quält ihn zu Tode durch Hunger, verbrennt ihn durch Feuer, vernichtet ihn durch die Kugel und Handgranate. ...

Für die Ausführungen der Zerstörungen im Rücken des Feindes verwendet weitgehendst die örtlichen Mittel, verwendet Hilfsmittel, welche Sprengstoffe verlangen. ... Zndet die Lager an. Vernichtet die Faschisten wie tolle Hunde.<<

#### **07.08.1941**

**Ostkrieg:** Stalin wird am 7. August 1941 Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte.

**Japan:** Die Zeitung "Japan Times Advertiser" berichtet am 7. August 1941 über die anglo-amerikanische Einkreisungspolitik (x172/418): >>... Zuerst wurde ein riesiger Stützpunkt in Singapur eingerichtet und durch Truppen der Briten und ihres Weltreichs erheblichverstrkt. Um dieses Zentrum herum entstand ein Ring, bestehend aus amerikanischen Stützpunkten, der sich über ein riesiges Gebiet nach Süden und Westen von den Philippinen über Malaya und Birma hinzieht und nur auf der Halbinsel Thailand unterbrochen wird. Jetzt soll er auch die Meerenge mit einschließen, die sich nach Rangun erstreckt.<<

#### **08.08.1941**

**Ostkrieg:** Bei der Kesselschlacht von Uman geraten am 8. August 1941 rund 103.000 Rotarmisten in deutsche Gefangenschaft. Außerdem werden 317 sowjetische Panzer und 858 Geschütze zerstört oder erbeutet (x040/89).

**Deutsches Reich:** Bischof Clemens August Graf von Galen protestiert am 8. August 1941 nochmals in einer Predigt gegen das NS-Euthanasieprogramm "Vernichtung unwerten Lebens" (x067/136): >>Deutsche Männer und Frauen!

Noch hat Gesetzeskraft der § 211 des Reichsstrafgesetzbuches, der bestimmt: "Wer vorsätzlich einen Menschen tötet, wird, wenn er die Tötung mit Überlegung ausgeführt hat, wegen Mordes mit dem Tode bestraft."

Wohl um diejenigen, die jene armen, kranken Menschen, Angehörige unserer Familien, vorsätzlich töten, vor dieser gesetzlichen Bestrafung zu bewahren, werden die zur Tötung bestimmten Kranken aus der Heimat abtransportiert in eine entfernte Anstalt.

Als Todesursache wird dann irgendeine Krankheit angegeben. Da die Leiche sogleich verbrannt wird, können die Angehörigen und auch die Kriminalpolizei es hinterher nicht mehr feststellen, ob die Krankheit wirklich vorgelegen hat und welche Todesursache vorlag. ...

Als ich von dem Vorhaben erfuhr, Kranke aus Mariental abzutransportieren, um sie zu töten, habe ich am 28. Juli bei der Staatsanwaltschaft in Münster Anzeige erstattet ... mit folgendem Wortlaut: "Nach mir zugegangenen Nachrichten soll im Laufe dieser Woche (man spricht vom 31. Juli) eine große Anzahl Pflinglinge der Provinzialheilanstalt bei Mariental in Münster als sogenannte "unproduktive Volksgenossen" nach der Heilanstalt Eichberg überführt werden, um dann alsbald, wie es nach solchen Transporten aus anderen Heilanstalten geschehen ist, vorsätzlich getötet zu werden.

Da ein derartiges Vorgehen nicht nur den göttlichen und natürlichen Sittengesetzen widerstreitet, sondern auch als Mord nach § 211 des Reichsstrafgesetzbuches mit dem Tode zu bestrafen ist, erstatte ich ... pflichtgemäß Anzeige und bitte, die bedrohten Volksgenossen unverzüglich durch Vorgehen gegen die den Abtransport und die Ermordung beabsichtigenden Stellen zu schtzen und mir von dem Veranlaßten Nachricht zu geben."

Nachricht über Einschreiten der Staatsanwaltschaft und der Polizei ist mir nicht zugegangen.<<

#### **11.08.1941**

**Deutsches Reich:** In vielen Kirchengemeinden protestieren katholische Pfarrer am 11. August 1941 gegen die NS-Euthanasie.

**12.08.1941**

**Ostkrieg:** General Carl-Heinrich von Stülpnagel (1878-1944) lehnt es am 12. August 1941 ab, gefangene sowjetische Offiziere zu erschießen, um die Ermordung und Verstümmelung von deutschen Verwundeten zu rächen (x029/199): >>... Das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung würde eintreten.

1. Nach übereinstimmenden Aussagen von Gefangenen aller Dienstgrade ist zähe russische Gegenwehr unter anderem besonders auf Angst vor Erschießen zurückzuführen. Bekanntgabe der Repressalien würde daher russische Greuelpropaganda gegenüber den eigenen Soldaten den Beweis für die Richtigkeit sowjetrussischer Behauptungen liefern. Die Folge wäre weitere Versteifung der russischen Haltung.

2. Ferner würde die auf Zersetzung und Überlaufen von Truppenteilen unter ihren Führern hinzielende deutsche Propaganda unmöglich gemacht werden.<<